

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2016

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2016

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2016	4
1. Konsolidierungsbericht.....	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1.1.3 Geschäftsverlauf.....	6
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	12
1.1.5 Vermögenslage:.....	17
1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse- mit Gesamtabschluss.....	19
1.1.7 Ergebnissituation	21
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse mit Gesamtabschluss	23
1.1.9 Finanzlage	24
1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016.....	25
1.3 Chancen und Risiken.....	28
1.4 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick.....	37
1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern.....	39
2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung.....	40
2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung	40
2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung	42
2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung	43
3. Anhang	44
3.1 Allgemeine Angaben.....	44
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	44
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises.....	44
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	49
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	51
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung ..	55
3.2.1 Anlagevermögen.....	55
3.2.2 Umlaufvermögen	61
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	61
3.2.4 Eigenkapital	62
3.2.5 Sonderposten	63
3.2.6 Rückstellungen	64
3.2.7 Verbindlichkeiten	66
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	66
3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung	67
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	67
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	75
3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis.....	76
3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung	76
3.5 Sonstige Angaben	77
3.5.1 Haftungsverhältnisse	77
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	79
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	81
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	82

Gesamtabschluss 2016

Anlagen	83
Anlage (1) Anlagenspiegel.....	84
Anlage (2) Forderungsspiegel	85
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	86
Anlage (4) Sonderpostenspiegel	87
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	88
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	89
Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden (unkonsolidierte Werte!).....	90
Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen.....	91

Gesamtabschluss 2016

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2016 vor. Ziel dieses Werkes ist es die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist mit über 200 km² Gemarkungsfläche als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt mit kurzen Wegen und einem breiten Gesundheitsangebot. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich auch für dieses Jahr über einen finanziell positiven Verlauf zu berichten. Das Gesamtergebnis (Jahresüberschuss) des Jahres 2016 übertrifft mit knapp 85 Mio. € das Vorjahresergebnis von 30 Mio. € deutlich und sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem weiterhin hohem Niveau. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 4,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen und auch die Gesamtleistung (Umsatz) von 1,9 Mrd. € liegt über dem Vorjahresniveau.

Schwerpunkthemen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards, die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen, die Umsetzung eines verbesserten umweltfreundlichen Verkehrskonzepts sowie die Integration von Flüchtlingen.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.

Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2016

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2016¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen 2016 rund 289.500 Einwohner². Hinzu kamen noch ca. 20.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunstabühnen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte im Jahr 2016, wie bereits 2015, mit einem Kaufkraftindex von über 112 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 24,5 Tsd. € pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

Die Arbeitslosenquote schwankt seit Jahren leicht auf einem gleichbleibenden Niveau. Im Jahr 2016 betrug sie zum Stichtag 7,4 %.

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

³ Daten der GfK SE- Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung

Gesamtabschluss 2016

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

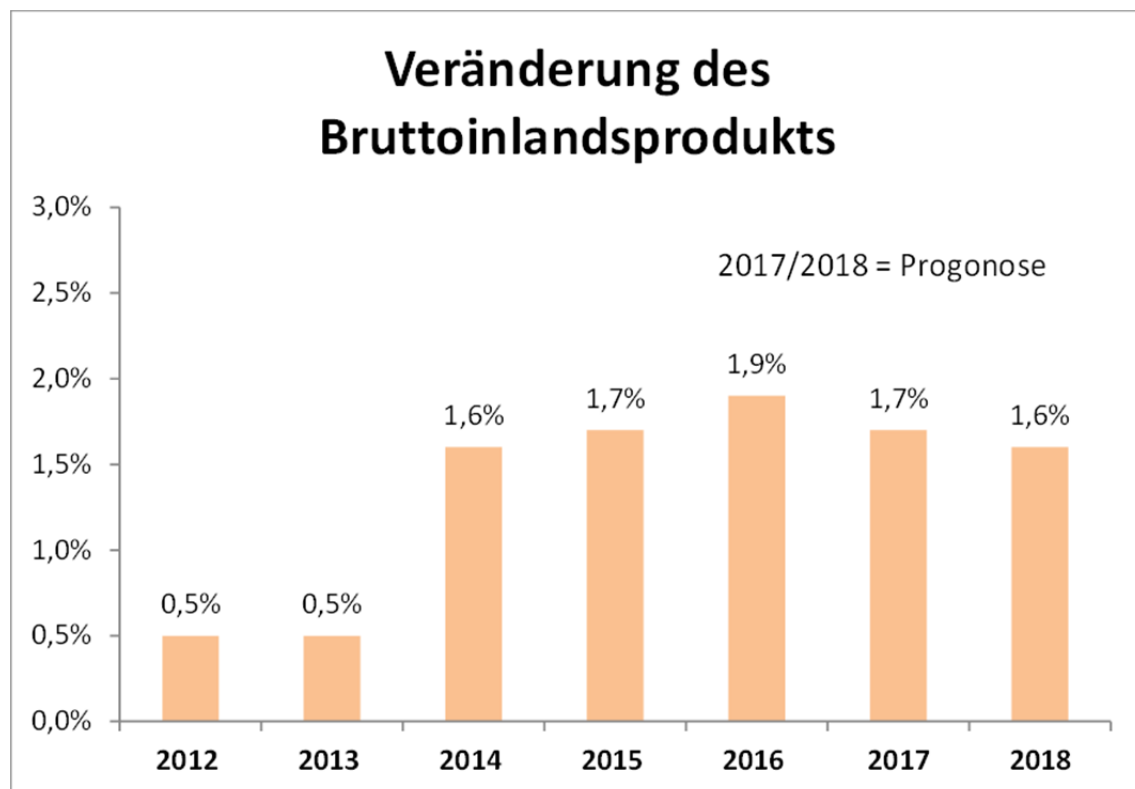
Trotz zahlreicher internationaler Herausforderungen zeigt sich die deutsche Wirtschaft weiterhin in ausgezeichneter Verfassung.

Im Jahr 2016 hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft preisbereinigt mit 1,9 % noch etwas robuster gezeigt als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ging abermals zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2016 waren 2,7 Mio. Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenquote hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1 % verringert⁴.

Verbraucher und Staat trugen 2016 zu einem starken Inlandskonsum bei, der die Konjunktur ebenfalls positiv beeinflusst hat. Steigende Ausgaben des Staates für die Unterbringung, Schulung und Integration von Flüchtlingen sowie Transferzahlungen leisteten ihren Beitrag zu einem kurzfristigen Wachstumseffekt.⁵

Die Ausgangslage für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland bleibt weiterhin gut. Weltweite Krisen wirkten sich nicht merklich auf die Lage aus. Die deutsche Wirtschaft kann weiterhin vom günstigen Euro, von niedrigen Zinssätzen und gesunkenen Öl- und Energiepreisen profitieren.⁶

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt weiterhin außerordentlich expansiv. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seit Frühjahr 2016 bei 0,00 %.



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 04/2017)

⁴ Quelle Bundesagentur für Arbeit

⁵ Quelle IHK

⁶ Quelle Sachverständigenrat

Gesamtabschluss 2016

In Hessen blickten die Unternehmen 2016 optimistisch in die Zukunft. Rund die Hälfte der Unternehmen schätzte die Geschäftslage als gut ein, nur 8 % berichteten von schlechteren Geschäften. Der Geschäftsklimaindex verbessert sich auf bereits hohem Niveau um 3 auf 124 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Die Grundstimmung der hessischen Wirtschaft stieg damit auf ein Fünfjahreshoch. 25 % der Unternehmen erwarten eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage, nur 13 % blicken pessimistisch in die Zukunft. Knapp 20 % der Unternehmen planen einen Beschäftigungsaufbau in den nächsten 12 Monaten. Mit rückläufigen Beschäftigtenzahlen rechnen nur 12 % der Unternehmen.

Der Geschäftsklimaindikator der Industrie- und Handelskammer⁷ für Wiesbaden stieg ebenfalls. Nach einem Wachstum um 9 Prozentpunkte von Januar 2015 bis Januar 2016 befindet er sich auf dem höchsten Stand seit 15 Jahren. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wuchs von September 2015 bis zum gleichen Datum 2016 um mehr als 4.000 auf 133.339.

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden war im Berichtsjahr noch erfreulicher als im Vorjahr. Das konsolidierte Jahresergebnis stieg von rd. 30 Mio. € auf 85 Mio. €. Hierzu hat insbesondere die verbesserte Ergebnissituation der Kernverwaltung durch gestiegene Steuereinnahmen beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	317,2	286,5	30,7 ↑
Einkommensteuer	163,7	154,6	9,1 ↑
Schlüsselzuweisungen	184,0	132,0	52,0 ↑
Grundsteuer (A + B)	58,1	56,6	1,5 ↑

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 317,2 Mio. €⁸ mehr als 30,7 Mio. € über denen des Vorjahres.

Die gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Gewerbesteuer, sondern auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch die hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen. Jeweils mit der Steuerkraft korrelieren auch die Schlüsselzuweisungen. Zum 01. Januar 2016 wurden Gewerbe-, Grund- und

⁷ Im Folgenden IHK

⁸ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

Gesamtabschluss 2016

Hundesteuer erhöht und außerdem eine Zweitwohnungssteuer erhoben. Zum 01. Juli 2016 wurde die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.620 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 470,6 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 571,4 Mio. € und die Abschreibungen 138,0 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten mit Wohnraum und sorgen somit für stabile Mietpreise. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Der Geschäftsverlauf im Bereich der Immobilienwirtschaft ist weiterhin positiv zu beurteilen, die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind leicht gestiegen. Allerdings sind die Erlöse der GWW (Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH) aus dem Verkauf von bebauten Grundstücken, auf denen die Gesellschaft im Rahmen ihrer Bauträgertätigkeit Eigentumswohnungen errichtet und veräußert, zurückgegangen. Im Berichtsjahr wurde zwar mit der Erstellung weiterer Eigentumswohnungen begonnen, die Umsatz- und Gewinnrealisierung wird jedoch erst im Jahr 2018 mit Fertigstellung erfolgen. Bis 2030 will die GWW mehr als 3.000 neue Wohnungen für eine Investitionssumme von über eine Mrd. € erstellen.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Im Geschäftsjahr 2016 hat sich die positive Entwicklung bei der SEG wie bereits im Vorjahr im Wesentlichen aus der Übernahme von Aufgaben zur Unterbringung von Flüchtlingen ergeben. Durch die dafür notwendige Bereitstellung von entsprechenden Unterkünften hat sich der Erlös aus der Vermietung des eigenen Immobilienbestandes deutlich erhöht.

Mitte Dezember 2016 ist mit dem „Wohngebiet Hainweg“ das aktuell größte Wohnbauflächenentwicklungsprojekt in städtischem Eigentum mit 650 Wohneinheiten vom Stadtparlament beschlossen worden. Nach Genehmigung des Flächennutzungsplans durch das Regierungspräsidium und Veröffentlichung des Bebauungsplans erfolgt der Baubeginn im Jahr 2017.

Der Geschäftsverlauf der WIM GmbH & Co. KG ist in 2016 gekennzeichnet durch gestiegene Umsatzerlöse aufgrund von Mietanpassungen bei Bestandsmietern bzw. aus Neuvermietungen nach Sanierungen. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes war ein Schwerpunkt die Vorbereitung der Neubaumaßnahmen in der Karl-Glässig-Straße und der Ellenbogengasse sowie die Generalsanierung des historischen und unter Schutz stehenden Industriedenkmals „Walkmühle“.

Gesamtabschluss 2016

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

Die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung sind weiterhin leicht rückläufig. Zurückzuführen ist dies auf einen mengenbedingten Rückgang der Stromerlöse. Die Gaserlöse stiegen mengenbedingt an, die Erlöse aus Wärme lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Das Unternehmensergebnis der ESWE Versorgung lag 2016 deutlich unter dem Vorjahresergebnis.

Das Regierungspräsidium hat Ende 2016 entschieden, die als Beitrag zum Klimaschutz von der ESWE-Tochter Taunuswind geplanten 10 Windräder auf der Hohen Wurzel nicht zu genehmigen. Gegen diese Entscheidung wird von der ESWE Taunuswind GmbH vor dem Verwaltungsgericht geklagt, sie hat jedoch zu zusätzlichem Aufwand bei der ESWE Versorgung geführt.

Seit dem 01.01.2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird und übernimmt die Betriebsführung des Wassernetzes. Die Umsatzerlöse sind mit 34,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahezu unverändert. Die Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2016 15.154 Tm³ (Vorjahr 15.491 Tm³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2016 auf 14.464 Tm³ (Vorjahr 14.948 Tm³). Die mengenbezogene Benutzungsgebühr wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2016 um 0,10 €/m³ auf 2,45 € je m³ erhöht. Zum 31. Dezember 2016 ist Herr Jörg Höhler aus der Betriebsleitung der WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgeschieden.

Mit notariellem Kaufvertrag vom 1. August 2016 hat die WVV Wiesbaden Holding die Liegenschaft Citypassage in Wiesbaden erworben. Die Liegenschaft besteht aus den räumlich getrennten bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage (mit benachbarten Grundstücken) mit einer Grundfläche von rund 7.055 m² und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II und dem angrenzenden Ärztehaus (vermietete Gewerbeimmobilie). Der vertraglich vereinbarte Kaufpreis für die gesamte Immobilie betrug 26 Mio. €. Die Teilfläche City II wurde in den Immobilienbestand der WVV Holding übernommen und soll dauerhaft vermietet werden. Es ist vorgesehen, die Teilfläche der Einkaufspassage Citypassage (inkl. Nachbargrundstücke), zur städtebaulichen Weiterentwicklung der Immobilie an einen Erwerber zu veräußern. Derzeit läuft zur Vergabe ein EU-weites Ausschreibungsverfahren. Die Geschäftsführung der WVV geht davon aus, dass aufgrund der Lage und des vorhandenen Entwicklungspotentials der Liegenschaft die Verkaufsverhandlungen zu einem positiven Abschluss kommen und der Erlös die von der Gesellschaft getätigten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Liegenschaft übersteigen werden.

Gesamtabschluss 2016

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb ELW sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung mit rund 81 Mio. € nahezu unverändert. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wird im Bereich Abwasser mit 42,4 Mio. € erwirtschaftet.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % erhöht. Die versiegelte Fläche, die die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht angestiegen. Jährlich neu hinzu kommende Flächen werden allerdings teilweise durch Entsieglungsmaßnahmen kompensiert. Während die Niederschlagswassergebühr unverändert bei 0,80 €/m² geblieben ist, wurde die Schmutzwassergebühr zum 01.01.2016 um 8 % (von bislang 2,15 €/m³ auf 2,32 €/m³) angehoben.

Obwohl die Abfallgebühren für den Restmüll erhöht wurden, ist die gebührenpflichtige Abfallmenge - gemessen in Liter pro Woche - nahezu konstant geblieben.

Mit der Einführung der ersten Stufe einer neuen Straßenreinigungssystematik zum 01. Januar 2016 hat sich die Summe aller Berechnungsmeter der Straßenreinigung deutlich reduziert. Es wurden weniger Straßen durch die Entsorgungsbetriebe gereinigt als im Vorjahr. Allerdings ist die Reinigungsintensität deutlich angestiegen, d. h. es wurde öfter gereinigt und dabei deutlich mehr Bürgersteige.

Nachdem die Ablagerungsmengen auf der Deponie im Jahr 2015 eine Steigerung zu verzeichnen hatten, war für den Berichtszeitraum 2016 ein deutlicher Rückgang gegenüber der Vorjahresperiode zu verzeichnen.

Verkehr

Die ESWE Verkehrsgesellschaft stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Der Schwerpunkt des Berichtsjahres lag auf der Erteilung der Linienkonzession. Nach europaweiter Bekanntmachung der vorgegebenen Direktvergabe konnte der Konzessionsvertrag am 2. November 2016 nach Ablauf einer einjährigen Einspruchsfrist offiziell unterzeichnet werden.

Im Jahr 2016 konnten die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet um 3,6 % auf 55,4 Mio. Fahrgäste gesteigert werden. Dementsprechend erhöhten sich die Umsatzerlöse im Linienverkehr auf 47,4 Mio. € (Vj. 44,9 Mio. €). Der Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert.

Gesamtabschluss 2016

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 374,8 Mio. € (Vj. 346,2 Mio. €) entstanden. Diese entfallen mit 166,8 Mio. € hauptsächlich auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 126,2 Mio. € auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke der Feierabendheim Simeonhaus mbH an die GWW zum 1. Oktober 2014 beschränkt sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner. Der Vertrag wurde in 2016 für den Zeitraum vom 1. April 2017 bis zum 31. Dezember 2018 neu abgeschlossen. Im Berichtsjahr konnte ein geringer Jahresüberschuss erzielt werden.

Während sich bei der Altenhilfe Wiesbaden GmbH im Toni-Sender-Haus der seit 2014 abzeichnende Trend des Auslastungsrückgangs verstetigte, hat sich die Auslastung im Moritz-Lang-Haus im Geschäftsjahr 2016 verbessert und liegt wieder auf dem Niveau der Vorjahre. Unter Berücksichtigung der Pflegesatzerhöhung zum 1. Oktober 2016 konnten die Erträge aus Pflegeleistungen, aus Unterkunft und Verpflegung gegenüber dem Vorjahr gesteigert und ebenfalls ein geringer Jahresüberschuss erzielt werden.

Unter dem Dach der Holding „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH“ werden die HSK Pflege GmbH sowie die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Die Gesellschaft HSK Pflege GmbH ist derzeit operativ nicht tätig. Zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks wurde ein Grundstück erworben, um hierauf eine stationäre Altenpflegeeinrichtung zu errichten und zu betreiben. Vor dem Hintergrund der Einstellung der Planungen für das Neubauvorhaben der HSK Pflege GmbH am Standort HSK Kliniken wurde von den Stadtverordneten die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) und die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes zur Neuausrichtung der städtischen Altenpflege beschlossen. Die Ertragslage der HSK Pflege ist geprägt durch betriebliche Aufwendungen, denen keine betrieblichen Erträge gegenüberstehen.

Für den Klinik-Neubau der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH erfolgte die Grundsteinlegung im November 2016. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen.

Der Geschäftsverlauf der EGW war geprägt durch die Vereinbarung des Grundstückskonzeptes mit der HELIOS HSK. Im Ergebnis verzichtet die EGW auf die Rückübertragung der nicht mehr benötigten Grundstücke nach Neubau der Klinik. Im Berichtsjahr erhielt die EGW erstmalig die vertraglich vereinbarte Garantiedividende von 300 T€ von der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Insgesamt werden benachteiligten Jugendlichen rd. 450 Ausbildungsplätze in 35 Berufen angeboten. Der Verlauf des (abweichenden) Geschäftsjahres 2015/2016 war wiederum durch die Auswirkungen der wie in den Vorjahren reduzierten Kapazitätsauslastung geprägt. Der Aufwand für das Vorhalten eines

Gesamtabschluss 2016

mit einer entsprechenden Bandbreite versehenen Berufsfeldangebotes konnte nicht durch entsprechende Erlöse gedeckt werden. Insofern entstand ein deutlicher Jahresfehlbetrag.

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten der LHW. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabewahrnehmung fest und steuert nach diesen Grundsätzen die Gesellschaften Rhein-Main-Hallen GmbH, Kurhaus Wiesbaden GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH.

Im Berichtsjahr wurde von der TriWiCon wiederum ein deutlicher Verlust ausgewiesen.

Dieser ist maßgeblich bestimmt durch die Verlustübernahme der Rhein-Main Hallen GmbH (RMH).

Der Geschäftsverlauf der RMH im Jahr 2016 war weiterhin geprägt vom Bau des Kongresszentrums und der Akquise von Veranstaltungen für das neue RheinMain CongressCenter.

Wissenschaftliche Kongresse leiden unter dem Druck einer sich verändernden Finanzierung. Haben sich in der Vergangenheit medizinische Kongresse beispielsweise vorrangig über die Vermietung kongressbegleitender Ausstellungsflächen finanziert, suchen heute die beteiligten Unternehmen nach anderen Möglichkeiten einer Beteiligung an den Veranstaltungen, so dass sich die wirtschaftliche Grundlage der Veranstaltungen verändert. Zunehmend werden daher die Erwartungen an die Städte und Veranstaltungszentren über Zugeständnisse bei den Mietkonditionen erhöht. Die zunehmende Anzahl an Stadthallen, kleineren Kongresszentren und Räumlichkeiten der Hotels verschärfen die Wettbewerbsbedingungen für bestehende Veranstaltungszentren. Die denkmalgeschützte Bausubstanz des Kurhauses ist jedoch ein Herausstellungsmerkmal gegenüber anderen Destinationen. Die Geschäftsentwicklung der Kurhaus GmbH war etwas besser als erwartet, da die Anzahl der Veranstaltungen über dem geplanten Wert lag. Die Anzahl der Übernachtungen in Wiesbaden ist wiederum leicht gestiegen, wobei die Gäste aus Deutschland zu dem positiven Gesamtbild wesentlich beitragen.

Der Eigenbetrieb Mattiaqua betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness, Frei- und Hallenbäder und Freizeit. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Wesentliche Teile der Einnahmen werden in dem Segment Gesundheit & Wellness mit den Einrichtungen Thermalbad Aukammtal und Kaiser-Friedrich-Therme erzielt. Die Besucherzahlen haben aufgrund des schlechten Sommerwetters im Segment Freizeit stark abgenommen, so dass sich der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich erhöht hat. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde Herr Thomas Baum zum neuen Betriebsleiter des Bäderbetriebs Mattiaqua bestellt.

Gesamtabschluss 2016

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*

Wohnungsbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts- und Nutzungsnormen.

Erwerb, Belastung und Veräußerung sowie die Ausgabe von Erbbaurechten. Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands.

- GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG
- WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH*
- Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH*

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Ver- und Entsorgung, Verkehr

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- ESWE Versorgungs AG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*
- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- WVV Wiesbaden Holding GmbH*

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Abwasserverband Flörsheim
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns*

Soziales

Altenpflege und Klinikum

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH
- HSK Pflege GmbH

Ausbildung und Beschäftigung

Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Tourismus, Informationstechnik und Sonstiges

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städte und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH

Informationstechnik und Sonstiges

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WiTCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*

Gesamtabschluss 2016

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2016 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2014
Ver- und Entsorgung, Verkehr			
Versorgung:			
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	978.691	1.149.869	1.180.982
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	2.053.419	1.921.620	2.550.167
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	14.464	14.948	14.423
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	56,0	58,6	57,0
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	250.280	240.179	227.060
Länge des Fernwärmenetzes (km)	108	108	73
Entsorgung:			
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	30.089	29.941	29.269
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	612.095	736.598	738.875
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	405.104	607.507	447.096
Verkehr:			
Linienlänge (km)	635	629	653
Beförderungsfälle (Tsd.)	55.360	53.360	51.754
Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km)	1.014 ⁹	968	922
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	27,3	27,6	28,2
Stadtentwicklung und Wohnungsbau			
Anzahl Wohnungen	13036	13207	12.990
Wohnfläche in m ²	837.523	848.258	830.477
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung			
Auslastung Altenhilfe (%)	93	92	95
Auszubildende inkl. Umschüler	408	413	407
Sonstiges			
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.309.000	1.407.000	1.268.000

⁹ Die Platzkilometer 2016 beziehen sich auf eine neue Berechnungsgrundlage, die auf einem höheren Platzangebot in den neuen Fahrzeugen beruht

Gesamtabschluss 2016

1.1.5 Vermögenslage:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. €	%	Mio. €	%
<u>Aktivseite</u>				
Langfristig				
Immaterielle Vermögensgegenstände	40		41	
Sachanlagevermögen	3.241		3.154	
	3.281	73	3.195	74
Finanzanlagen, NASPA	625	14	627	15
Forderungen (Sonderkonjunkturprogr.)	36	1	36	1
	3.942	88	3.858	90
Kurzfristig				
Vorräte	90	2	68	1
Forderungen und ARAP	176	4	166	4
Flüssige Mittel	290	6	197	5
	556	12	431	10
	4.498	100	4.289	100
	=====	=====	=====	=====
<u>Passivseite</u>				
Langfristig				
Eigenkapital einschl. Sonderposten	1.905	42	1.841	43
Rückstellungen	618	14	583	13
Verbindlichkeiten	1.432	32	1.397	33
	3.955	88	3.821	89
Kurzfristig				
Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP	543	12	468	11
	543	12	468	11
	4.498	100	4.289	100
	=====	=====	=====	=====

Gesamtabschluss 2016

Die Bilanzsumme ist mit 4.498 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 209 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 88 % (Vj. 90 %) durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2015 geringfügig erhöht. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 202,8 Mio. € (Vj. 167,0 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3,5 % und einer Reinvestitionsquote von 175 %.¹⁰

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 88 % (Vj. 89 %) langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird zu 100 % durch langfristiges Kapital finanziert (goldene Bilanzregel).

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt 42 % (Vj. 43 %).

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe tragen einen Anteil von 77 % (Vj. 75 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.578 € und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5.297 Mio. €) um 5,3 %.¹¹

¹⁰ Diese Kennzahlen werden in Anlage 8 erläutert.

¹¹ Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

Gesamtabschluss 2016

1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse- mit Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses.

In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Aktiva	2.697	2.430	5.127	4.498
Anlagevermögen	2.328	2.129	4.457	3.905
Umlaufvermögen	340	297	637	562
Rechnungsab- grenzungsposten	29	4	33	31
Passiva	2.697	2.430	5.127	4.498
Eigenkapital	1.409	620	2.029	1.590
Sonderposten	269	87	356	315
Rückstellungen	528	227	755	752
Verbindlichkeiten	455	1.485	1.940	1.797
Rechnungsab- grenzungsposten	36	11	47	44

Die Tabelle zeigt, dass knapp die Hälfte des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,5 Mrd. € ausgliedert worden.

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Landeshauptstadt Wiesbaden erhöht sich durch die Einbeziehung der Gesellschaften nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen von rd. 2,7 Mrd. € auf rd. 4,5 Mrd. €.

Gesamtabschluss 2016

Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote von 62 % ergibt, beträgt die Gesamtverschuldung des Verbundes rd. 2,6 Mrd. € mit einer Eigenkapitalquote von 42 %.

Gesamtabschluss 2016

1.1.7 Ergebnissituation

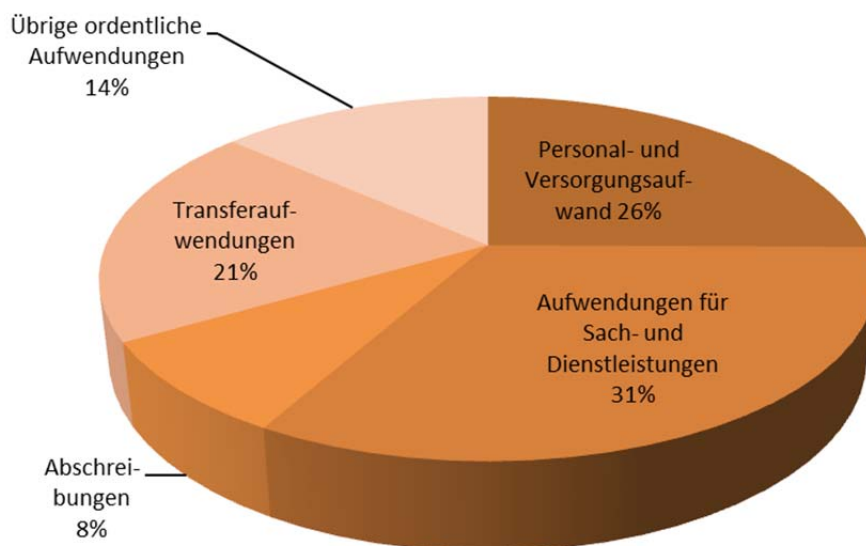
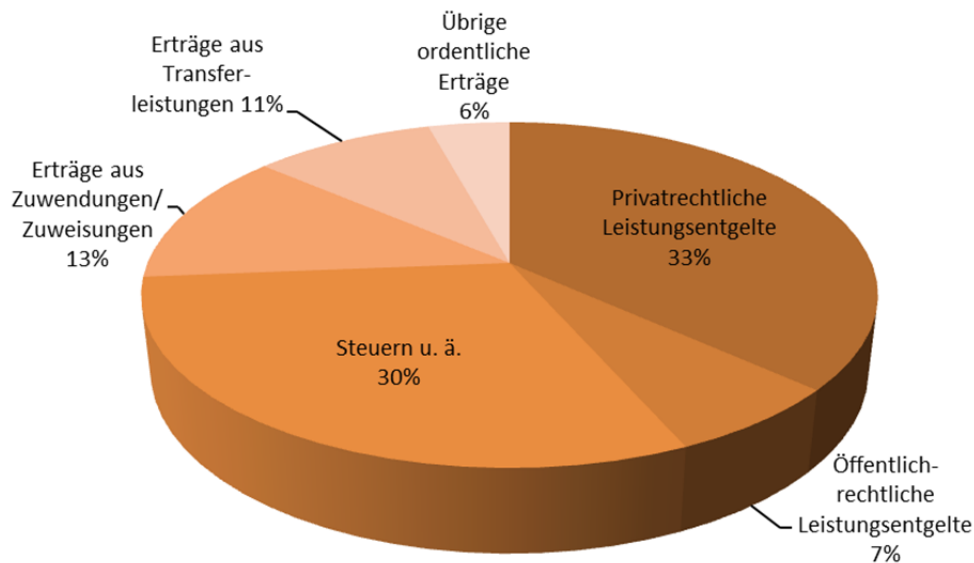
	2016	2015	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	630	658	-28
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	128	121	7
Steuern u. ä.	588	544	44
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	257	225	32
Erträge aus Transferleistungen	213	170	43
Übrige ordentliche Erträge	117	77	40
Ordentliche Erträge	1.933	1.795	138
Personal- und Versorgungsaufwand	471	439	32
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	571	576	-5
Abschreibungen	138	148	-10
Transferaufwendungen	375	346	29
Übrige ordentliche Aufwendungen	262	236	26
Ordentliche Aufwendungen	1.817	1.745	72
Verwaltungsergebnis	116	50	66
Finanzergebnis	-27	-30	3
Außerordentliches Ergebnis	-4	10	-14
Jahresfehlbetrag/-überschuss	85	30	55

Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 85 Mio. € erzielt werden (Vj. 30 Mio. €). Hierzu hat insbesondere das auf 116 Mio. € gestiegene Verwaltungsergebnis beigetragen.

Gesamtabschluss 2016

Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (33 %), und die Steuern (30 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Personal und Versorgungsaufwendungen (26 %) sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (31 %). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 106 % (Vj. 103 %).¹²

Das Finanzergebnis ist mit rd. - 27 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,5 % (Vj. 3,9 %).¹³



¹² Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

¹³ Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

Gesamtabschluss 2016

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse mit Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.6 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabchlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten, um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabchlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Ordentliche Erträge	1.217	877	2.094	1.933
Ordentliche Aufwendungen	1.171	815	1.986	1.817
Verwaltungsergebnis	46	62	108	116
Finanzergebnis	13	-22	-9	-27
Ordentliches Ergebnis	59	40	99	89
Außerordentliches Ergebnis	-3	-10	-13	-4
Jahresüberschuss	56	30	86	85

Sowohl die ordentlichen Erträge als auch die ordentlichen Aufwendungen des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger von gerundet 1,2 Mrd. € auf gerundet 2 Mrd. €. Das bedeutet, dass die Gesellschaften mehr als 40 % zum Volumen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes beisteuern.

Der Jahresüberschuss der Kernverwaltung erhöht sich durch die Einbeziehung der Gesellschaften von 56 Mio. € (Vj. 19 Mio. €) auf 85 Mio. € (Vj. 30 Mio. €) nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen.

Gesamtabschluss 2016

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	186	117
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-193	-163
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	100	-21

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 186 Mio. € erzielt. Dieser wurde teilweise zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 193 Mio. € verwendet. Zudem wurden zusätzliche Kreditmittel - u. a. für das neue RheinMain CongressCenter sowie den Wohnungsbau - aufgenommen, so dass sich der Finanzierungscashflow deutlich positiv darstellt.

Insgesamt hat sich der Finanzmittelfonds zum 31.12.2016 um 93 Mio. € auf rd. 290 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2016

1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016

Zum 1. Januar 2017 wurde für die ESWE Verkehrsgesellschaft mit Frank Gäfgen ein dritter Geschäftsführer bestellt, dessen Zuständigkeit die Bereiche Fahrdienst und Fahrbetrieb umfasst.

Im Februar 2017 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen für die laufende Wahlperiode der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung vereinbart. Im Mittelpunkt dieser Zusammenarbeit steht die soziale, sichere und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Landeshauptstadt. Mit dieser Vereinbarung sind umfangreiche Dezernatsveränderungen verbunden, die voraussichtlich erst 2018 abgeschlossen sein werden. Aus Altersgründen sind zum 31. März Frau Rose-Lore Scholz und zum 30. Juni Herr Arno Goßmann als Dezernenten ausgeschieden. Als neue Dezernenten wurden zum 1. April Herr Andreas Kowol und zum 1. Juli Herr Christoph Manjura gewählt. Seit dem 1. Juli bekleidet Herr Dr. Oliver Franz das Amt des Bürgermeisters der Landeshauptstadt.

Im Frühjahr 2017 hat die Stadtverordnetenversammlung die „Grundsätze guter Unternehmensführung“ für die meisten Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt beschlossen. Damit stehen die Gemeinwohlziele der öffentlichen Daseinsvorsorge gleichberechtigt neben dem wirtschaftlichen und nachhaltigen Erfolg der städtischen Gesellschaften.

Im Rahmen der geplanten Verschmelzung der drei Gesellschaften Wiesbaden Marketing GmbH, Kurhaus Wiesbaden GmbH und Rhein-Main-Hallen GmbH unter dem Dach der Tri-WiCon wurde die Geschäftsführung neu geregelt. Herr Rainer Schäfer und Herr Markus Ebel-Waldmann beendeten ihre Geschäftsführungstätigkeit im März 2017. Herr Martin Michel ist seit dem 1. April als Geschäftsführer Vertrieb und Veranstaltungen der Kurhaus Wiesbaden GmbH bestellt. Als weitere Geschäftsführer sind Herr Thomas Sante und Herr Oliver Heiliger zum 1. August neu berufen worden.

Mit Beschluss vom 17.11.2017 haben die Stadtverordneten Förderziele für neue Wohnungsbauvorhaben festgelegt. Bei künftigem Wohnungsbau sollen mindestens 22% der Wohnungen geförderte Wohnungen sein. Als Jahresziel ist die Realisierung von 400 geförderten Wohneinheiten vorgesehen.

Anfang 2017 wurde der Grundstein für die Konversion von 62 Wohnungen an der Bierstadter Höhe durch die SEG gelegt. Rund zwei Drittel davon werden mit öffentlichen Mitteln gefördert.

In der Siedlung Schelmengraben, einem Wohngebiet mit den höchsten Bedarfslagen, plant die GWH Wohnungsgesellschaft Hessen den Bau von bis zu 700 zusätzlichen Wohnungen für mittlere und geringe Einkommensbezieher unter anderem zur Verbesserung der Sozialstruktur. Der Stadtteil soll einer breiten Bevölkerungsschicht Heimat bieten mit ausreichendem Wohnraum im mittleren Segment. Erforderlich würden hierzu Planung und Bau einer Grundschule und zweier Kindertagesstätten. Die Realisierung des Vorhabens steht noch in der politischen Diskussion.

Mit Beschluss vom 21.12.2017 stimmten die Stadtverordneten dem Ersatzneubau des Freizeitbades „Mainzer Straße“ und einer Eissportfläche am Standort Sportpark „Rheinhöhe“ im

Gesamtabschluss 2016

Konrad-Adenauer-Ring zu. Der Kostenrahmen für den Ersatzneubau des Freizeitbades und der Eissportfläche liegt bei geschätzten 63 Mio. € netto.

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld/Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Einleitungsbeschluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ gefasst. Damit wird der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Bis Ende 2018 soll ein Strukturkonzept erstellt werden. Der Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen.

Mehr als 200 städtische Gebäude sollen bis 2020 auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden. Damit setzt sich die Landeshauptstadt bundesweit mit an die Spitze dieser Entwicklung. Die hierdurch entstehenden Kosten werden sich aller Voraussicht nach innerhalb weniger Jahre amortisiert haben.

Ob das Moritz-Lang-Haus am alten Standort saniert wird oder ein Neubau an einem anderen Standort erfolgt, ist noch nicht entschieden. Als Entscheidungsgrundlage soll die Entwurfsplanung für die Entkernung und Sanierung bei laufendem Betrieb dienen, die im Sommer 2018 vorliegen soll. In Abhängigkeit vom Ergebnis der Machbarkeitsstudie soll die HSK Pflege GmbH auf die AltenHilfe Wiesbaden GmbH bzw. die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH verschmolzen werden.

Der Chemiekonzern DOW verlegt seine Deutschlandzentrale von Schwalbach nach Wiesbaden und baut von hier aus sein Geschäft mit Kunststoffen und Chemikalien weiter aus.

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden erweitern ihren Anlagenpark auf der Ingelheimer Aue um ein rd. 100 Mio. € teures Gasmotorenkraftwerk, um Lastspitzen flexibel aufzufangen. Die Fertigstellung der genehmigten und modular aufgebauten 100 Megawatt-Anlage ist für Ende 2018 vorgesehen.

Im Sommer 2017 wurde die Gründung der CityBahn GmbH beschlossen, die für die Planung, den Bau und den Betrieb der CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad-Schwalbach sorgen soll. Die gutachterliche Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) schloss mit einem positiven Ergebnis von 1,5 ab. Damit werden - nach der erforderlichen Prüfung durch das Bundesverkehrsministerium - der Bund sowie die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz den Hauptanteil der auf gut 300 Mio. € geschätzten Investitionen tragen. Hierin noch nicht enthalten sind allerdings die Investitionen für die Fahrzeuge sowie die Kosten für den laufenden Betrieb.

Auf dem ehemals für das Stadtmuseum vorgesehenen Terrain „Wilhelmstraße 1“ soll bis 2020 ein privat finanziertes Museum entstehen und für eine weitere Aufwertung der Wilhelmstraße sorgen.

Am 20.11.2017 trat der Geschäftsführer der Wiesbadener Jugendwerkstatt (WJW) Jörg Bourgett zurück. Neue Geschäftsführer sind Ralph Schüler, Rainer Emmel und Winfried Kühnl.

Gesamtabschluss 2016

Mitte Dezember 2017 fand ein Dezernentenwechsel statt. Die Leitung des Dezernates IV Stadtentwicklung und Bau wurde von Frau Sigrid Möricke an Herrn Martin Kessler übergeben.

Im Februar 2018 wurde bei der EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH neben dem bisherigen Geschäftsführer Ralf Jäger mit Herrn Lutz Hammerschlag ein weiterer Geschäftsführer bestellt.

Gesamtabschluss 2016

1.3 Chancen und Risiken

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035¹⁴. Die Bevölkerungsprognose geht von einem Anstieg der Einwohner Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund bis 2035 aus. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen gezwungenermaßen von Leistungseinschränkungen betroffen sind, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Der Anstieg der Personen im Rentenalter birgt aber auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, somit besteht das Problem der sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowie des steigenden Sozialtransfers.

Die Ertragslage der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind.

Weitere Risiken erwachsen aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist die Kinderbetreuung zu nennen, die für das Jahr 2017 einen Zuschussbedarf i.H.v. 114 Mio. € (Stand Hochrechnung 07/2017) erfordern wird, der durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften ist.

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg im Vorjahr deutlich an. Hierdurch entstehen nicht zuletzt durch den Familiennachzug, Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung, Integration und Grundsicherung durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Das Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten durch den Bund und das Land.

¹⁴ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

Gesamtabschluss 2016

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegezet¹⁵ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer¹⁶ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhalten auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich des Sachverhaltes angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen ein stetig wachsendes Risiko. Im Gesamtabschluss des Verbundes der LHW mit langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen äußert sich das stetig wachsende Risiko darin, dass das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorgerückstellungen durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich ansteigt und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, dauerhaft niedrig ausfällt. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage-/ Sanierungsbeiträge kompensieren.

¹⁵ Im Folgenden HGrG

¹⁶ Im Folgenden IDW

Gesamtabschluss 2016

Dem Risiko der Erhöhung des Zinsniveaus auf der Darlehensseite wurde seitens der LHW über Forward-Kredite entsprochen.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Maßnahmen ergriffen und durch interne Vorschriften geregelt.

Durch den Neubau des **RheinMain-CongressCenters** (geplante Inbetriebnahme 1. Halbjahr 2018) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits wird der Neubau des RheinMain-CongressCenters jedoch mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein. Die Baukosten werden voraussichtlich knapp 200 Mio. € betragen. Die daraus resultierende zukünftige Belastung für den Verbund könnte in der Größenordnung von 7 Mio. € p. a. liegen. Für die Zeit nach der Inbetriebnahme ab 2018 besteht ein inhärentes Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung der Hallen. Diesem Risiko wird durch Akquise- und Marketingaktivitäten, die bereits jetzt durchgeführt werden, begegnet.

Das Geschäft der **Kurhaus Wiesbaden GmbH** wird durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch durch die Preis- und Leistungs politik des gastronomischen Partners im Haus mit beeinflusst.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Diesem Risiko wurde mit einer Erhöhung der Wassergebühren um 10 ct pro cbm mit Wirkung zum 1. Januar 2016 entgegengewirkt.

Der Klimaschutzplan der Bundesregierung legt erstmals klare Zielwerte für die drei Sektoren der **Energiewirtschaft** fest. Durch die Sektorkopplung sollen die Bereiche Elektrizität, Wärmeversorgung und Verkehr gekoppelt, also gemeinsam optimiert werden. Bisher werden die Sektoren weitgehend unabhängig voneinander betrachtet. Da die Sektorkopplung Synergieeffekte - insbesondere bei der Integration von hohen Anteilen erneuerbarer Energien - ermöglicht wird sie als Schlüsselkonzept der Energiewende betrachtet.

Das Jahr 2016 war geprägt durch zahlreiche neue energiewirtschaftliche Gesetze- bzw. Vorschriften, die erhebliche Auswirkung auf die Marktteilnehmer haben. Zu nennen sind hier beispielsweise die KWK-Novelle, EEG-Novelle, ein Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes, die Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen nach dem BSI Ge-

Gesamtabschluss 2016

setz, die Novellierung der Anreizregulierung, das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze sowie die Digitalisierung der Energiewende mit dem neuen Messstellenbetriebsgesetz. Diese Regelungen führen bei den Energieversorgern zu einem zeitlichen und kostenintensiven Umsetzungsaufwand. Neben den Risiken ergeben sich aber auch Chancen. So wurde mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende die Voraussetzung für die Anwendung von Smart Metern und anderen digitalen Technologien geschaffen. 2017 beginnt die schrittweise Einführung intelligenter Messsysteme zunächst bei Großverbrauchern.

In der Verschärfung des Wettbewerbes im Privat- und Geschäftskundenbereich werden Chancen in der Erweiterung des Vertriebsgebiets auch außerhalb von Wiesbaden gesehen, aber auch Risiken durch mögliche Kundenverluste.

Nach der Ablehnung der Genehmigung des Windparkprojektes auf dem Taunuskamm bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Da die ESWE Versorgung die von der Behörde vorgebrachten Ablehnungsgründe nicht teilt, wurden Rechtsmittel gegen den Ablehnungsbescheid eingelegt.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen in den Jahren 2007 bis 2011 vermeintlich überhöhter Wasserpreise. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 gegenüber der ESWE Versorgung eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen diese Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da die Verfügung sachlich als ungerechtfertigt angesehen wird und darüber hinaus die potentiellen Ansprüche weitgehend verjährt sind. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht wurde im Jahresabschluss 2016 der ESWE Versorgung die in den Vorjahren vorgenommene und sukzessiv abgeschmolzene Rückstellung wieder aufgestockt.

Gemeinsam mit dem Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden plant **ESWE Versorgung** derzeit die Erstellung eines Elektromobilitätskonzeptes für Wiesbaden. Ziel dieses Konzeptes ist es, den Gehalt an giftigen Luftschadstoffen wie Stickstoffdioxid und Feinstaub, aber auch den Verkehrslärm in Wiesbaden deutlich zu verringern. Mit knapp 25 % hat der Verkehr einen erheblichen Anteil an den CO²-Emissionen in Wiesbaden. Als zentraler Baustein wird ein Ladeinfrastrukturkonzept erarbeitet, das am prognostizierten Bedarf der nächsten fünf bis fünfzehn Jahre ausgerichtet sein soll.

Ein Risiko besteht in der künftigen Stromerzeugung bei der KMW. Die gesunkenen Strompreise aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen einen wirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke unter den derzeitigen Rahmenbedingungen weiterhin schwierig. Dies kann erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige Ergebnis der KMW haben.

Die Chancen und Risiken der **ESWE Verkehr** sind besonders im Hinblick auf den erfolgten Beschluss der Direktvergabe der ÖPNV-Leistungen an ESWE Verkehr zu betrachten. Mit dieser Entscheidung blickt ESWE Verkehr positiv in die Zukunft und wird die Anforderungen einer ganzheitlichen Direktvergabe im Verkehrsgebiet erfolgreich wahrnehmen.

Eine Aussage zur Prognose der kommenden Geschäftsjahre steht unter dem Vorbehalt des zukünftig einzubeziehenden Vorantreibens des emissionsfreien Ausbaus des ÖPNV in Wiesbaden.

Gesamtabschluss 2016

Es ist mit einer erhöhten Belastung des Jahresergebnisses zu rechnen, da die umfangreichen Projekte mit dem Ziel, einem emissionsfreien ÖPNV näherzukommen, nicht in vollem Umfang durch die erwarteten Zuschüsse von Bund und Land u. a. auf Basis des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes getragen werden.

Im Rahmen der noch nicht abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung vertritt das Finanzamt die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31. Dezember 2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, so dass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen maximal im unteren zweistelligen Millionenbereich ergeben würden. In Abstimmung mit dem steuerlichen Berater geht die Geschäftsführung jedoch nach wie vor davon aus, dass die Auffassung des Finanzamtes unbegründet ist. Gegen eine Veranlagung wird die Gesellschaft entsprechende Rechtsmittel einlegen. Insofern wurde die bereits in Vorjahren gebildete Rückstellung für mögliche Steuernachzahlungen im Wesentlichen beibehalten.

Zudem wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiter verfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Im operativen Geschäft sind die anspruchsvollen Herausforderungen einer kontinuierlichen Personalbeschaffung für die Fahrdienstbereiche zu bewältigen. In Folge der Personalfuktuation und zeitweiser hoher Krankenstände ist der Bedarf an neuem Fahrpersonal gegeben. Für das Jahr 2017 und die folgenden Perioden sieht die Geschäftsführung der ESWE Verkehr in diesen Themen eine in der Verkehrsbranche verbreitete und anspruchsvolle Aufgabenstellung. Durch die gute Wirtschaftslage in der Region Rhein-Main sind die Nachfrage nach qualifiziertem Personal und der damit einhergehende Wettbewerb um Arbeitskräfte weiterhin hoch. Die derzeitige Arbeitsmarktsituation unter Berücksichtigung der aktuell gültigen und anzuwendenden Tarifverträge stellt die Gesellschaft vor schwierige Voraussetzungen. ESWE Verkehr stellt sich auf diese Rahmenbedingungen ein und wird weiterhin erhebliche Ressourcen in die Ausbildung neuer Arbeitskräfte investieren. Zusätzlich wird der umfassende Ausbau eines betrieblichen Gesundheitsmanagements weiter vorangetrieben.

Unverändert ergeben sich für die **WV Holding** Chancen aus der Bündelung der **immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten**. Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mit beschränkter Haftung, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und WiBau GmbH unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

Für das Geschäft der **Wohnungsverwaltung** sind weiterhin keine wesentlichen Risiken erkennbar. Chancen ergeben sich hier durch die Anhebung der für die Gesellschaften relevanten Quadratmetermietpreise auf Basis des Mietspiegels der Stadt Wiesbaden sowie die Reduzierung von Leerständen durch die Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände sowie umfangreiche Neubauaktivitäten und Nachverdichtung auf eigenen vorhandenen Grundstücken. Risikobehaftet sind insbesondere die im Jahr 2017 durchzuführenden Großsanierungen sowie die noch nicht beauftragten Neubaumaßnahmen. Hier können unvorher-

Gesamtabschluss 2016

gesehene Kostensteigerungen zu erhöhten Aufwendungen im Bereich der Abschreibungen und Zinsaufwendungen und somit zu Ergebnisverschlechterungen führen. Im Bereich der Verkäufe im Rahmen der Bauträgermaßnahmen bestehen Unsicherheiten hinsichtlich des geplanten Baubeginns bzw. Fertigstellung. Dadurch können unvorhergesehene Kostensteigerungen und verschobene Umsatzerlöse das Ergebnis beeinflussen.

Mit dem Erwerb des Immobilienkomplexes Mauritiusgalerie in unmittelbarer Nachbarschaft des Walhalla-Theaters im Jahr 2010 wurden die strategischen Möglichkeiten zur Entwicklung dieser zentralen Lage in Wiesbaden erweitert. Nach Abschluss von umfänglichen Umbau- und Revitalisierungsmaßnahmen erwartet die WVV Holding nachhaltige Mieteinnahmen, die die zukünftigen Ergebnisbeiträge im Bereich Vermietung deutlich positiv beeinflussen werden.

Mit dem Erwerb der City-Passage durch die WVV Holding (Citypassage und City II siehe hierzu Ausführungen Punkt 1.1.3.) werden städtebauliche Chancen zur Stadtentwicklung in einem sensiblen Bereich im Herzen der Stadt wahrgenommen. Grundsätzliche Risiken bestehen naturgemäß bei der Verwirklichung des Vorhabens unter Beachtung städtischer Interessen.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern Städtebauliche Projektentwicklung, Bauträgergeschäft, Immobilienbewirtschaftung und Städtebauförderung/Wohnbauförderung weiterhin gute Ergebnisse erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden.

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u.a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte einbinden zu müssen, ergeben. Weiterhin ergeben sich im Hinblick auf zukünftig anstehende Erschließungsmaßnahmen Kostenrisiken, die zum Zeitpunkt der Grundstücksankäufe nicht vollumfänglich ausgeschaltet werden können. Bei baulichen Aktivitäten der SEG, sei es für den eigenen Bestand oder im Falle der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen, bestehen Risiken im Hinblick auf die Einhaltung des budgetierten Kostenrahmens, zugesagter Fertigstellungstermin und der Lieferung der vereinbarten Qualitäten. Im Hinblick auf die jahrelange Erfahrung und die entsprechende interne Organisation sieht sich die SEG auf diese Risiken vorbereitet.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Mit den im eigenen Bestand befindlichen Objekten erzielt sie langfristig Umsatzerlöse aus Vermietung.

Mit den von der **Beteiligungsgesellschaft WVV** gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG, die wiederum Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA hält, ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, die die Finanzierungsaufwendungen übersteigt.

Im **Entsorgungsbereich** konnte das Risiko der steigenden Ablagerungsmengen, denen nur begrenzte Deponiekapazitäten gegenüber stehen, entschärft werden, nachdem sich die Abfallmengen 2016 deutlich reduziert haben. Bis 2020 soll darüber hinaus die Erweiterung des Deponieabschnittes III der Deponieklasse (DK) II realisiert sein und noch im Frühjahr 2017

Gesamtabschluss 2016

wurde mit einem Planfeststellungsverfahren für einen neuen Deponieabschnitt IV (DK I), der ebenfalls Ende 2020 mit seinem ersten Bauabschnitt in Betrieb gehen soll, begonnen.

Durch die Veränderung der Altersstruktur und die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter ergeben sich Risiken bei der Umsetzung der operativen Aufgaben v.a. bei der Straßenreinigung und der Abfallsammlung. Dem wurde durch Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen (z. B. Neuorganisation der Straßenreinigung und des Winterdienstes und neue Abfallsammeltouren) entgegengewirkt. Des Weiteren wurden Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Dennoch wird es zukünftig erforderlich sein verstärkt auf Ausschreibungen und Drittvergaben zurückzugreifen.

Die rückläufige Entwicklung bei den Abfallgebühren, der verschärfte Konkurrenzdruck durch private Abfallberatungsunternehmen und die gestiegenen Kosten für den Transport von Hausmüll zu den Behandlungsanlagen erforderte ab 01.01.2016 eine Gebührenerhöhung.

Ein latentes Risiko bildet zudem die Entwicklung der Altpapiererlöse, da diese in den vergangenen Jahren bei stabil hohen Preisen deutlich gebührentlastend wirkten, jedoch stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen.

Die Ansprüche an die Quantität und Qualität der Dienstleistungen der Straßenreinigung werden immer höher (Stichwort „Saubere Stadt Wiesbaden“). Deshalb hat die ELW eine komplett neue Straßenreinigungssystematik entworfen, die zu einer erheblichen Ausweitung vor allem der Gehwegreinigung in städtischer Zuständigkeit führte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Einführung der neuen Satzung in zwei Stufen zum 01. Januar 2016 bzw. 2017 beschlossen. Dies traf auf erhebliche Widerstände - vor allem bei den neu veranlagten Gebührenschuldern. Die Frage der weiteren Entwicklung der Straßenreinigungssystematik ist noch nicht geklärt. Die ursprünglich für den 01.01.2017 geplante Einführung der zweiten Stufe der gegenwärtigen Systematik konkurriert im politischen Raum mit der deutlich abweichenden Straßenreinigungssystematik der Bürgerinitiative GiB.

Nach wie vor besteht das Risiko einer extremen Wintersaison. Durch die Beteiligung an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager (Betrieb von 8 Kommunen aus Südhessen) sowie der Umstrukturierung und Ausweitung des Winterdienstes auf die östlichen Vororte der Landeshauptstadt ist hier Vorsorge getroffen.

Die Arbeiten zur Vorhaltung einer Notstromversorgung für die Sparte Entwässerung wurde 2013 gestartet und Ende 2016 für das HKW erfolgreich beendet. Die Außenstandorte werden nach derzeitigem Stand bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

Für das Hauptklärwerk soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Erste Ergebnisse werden 2017 erwartet. Derzeit werden auch sechs Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet.

Im Klärwerk Biebrich werden Versuche gefahren, die Kapazität zu erweitern. Dazu wurde unter der aktuellen Belastungssituation die Anlage mit weniger Filterzellen betrieben. Die Er-

Gesamtabschluss 2016

gebnisse in 2016 haben gezeigt, dass die Anlage nach Optimierung die Einwohnerentwicklung der nächsten Jahre ohne bauliche Erweiterung abdecken kann. Durch die Optimierung wurden fällige Investitionen vermieden. Somit besteht eine Planungssicherheit für die nächsten 15 Jahre.

Weitere Risiken bestehen durch den Ausfall von Anlagen aufgrund zum Beispiel unsachgemäßer Behandlung, Sabotage, Vandalismus und nach einem Wassereintritt. In Abstimmung mit dem Rechtsamt der LHW ist ein Projekt initiiert, das sich mit der Erweiterung des Versicherungsschutzes beschäftigt. Derzeit gehen Sachschäden (z. B. durch Bedienungsfehler, Ungeschicklichkeit, Konstruktions- oder Ausführungsfehler, Versagen von Mess- oder Sicherheitseinrichtungen), die klassisch mit einer Maschinen- und/oder Elektronikversicherung auf einen Versicherungsgeber teilweise gegen Zahlung einer Prämie übertragen werden können, voll zu Lasten der ELW, sofern ein Verursacher nicht belangt werden kann. Für den Neuabschluss einer Maschinenversicherung, die in den 1990er Jahren gekündigt wurde, ist nach Einschätzung des Rechtsamtes ein erneuter Beschluss des Magistrates notwendig. Der Fokus der ELW richtet sich daher in der Risikobewältigung vornehmlich darauf, gut ausgebildete Mitarbeiter für den Anlagenbetrieb zu beschäftigen und setzt Schwerpunkte bei einer nachhaltigen und auch vorbeugenden Instandhaltung, sowie in der Überwachung der Anlagen.

Im Hinblick auf den zum 31.12.2018 auslaufenden RMA-Vertrag wird **die MBA Wiesbaden GmbH** in enger Abstimmung mit den ELW eine europaweite Ausschreibung der Wiesbadener Restabfälle initiieren. Durch den Wegfall der äußerst vorteilhaften Rahmenbedingungen, die der RMA-Vertrag den Wiesbadener Gebührenzahlern bot, ist ab dem 01.01.2019 ein wesentlich höherer Aufwand für die Beseitigung der Restabfälle in den Wirtschaftsplänen einzustellen. Als weiteres, aber überschaubares Risiko verbleibt - wie in der Vergangenheit auch - der Ausfall von Entsorgungsanlagen. Chancen für die Gesellschaft ergeben sich aus der Beteiligung an der DBW Recycling GmbH & Co. KG durch die Akquisition mineralischer Abfälle zur weiteren Aufbereitung und Verwertung.

Aus der deutlichen Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness, ergeben. Aus diesem Grund ist **Mattiaqua** sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit ihrer Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme und der hohe Sanierungsbedarf in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage haben. Demnach leiden alle Wiesbadener Bäder unter Sanierungsstau und sind stark renovierungsbedürftig. Insgesamt liegt der geschätzte Investitions- und Instandhaltungsbedarf in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Damit unterscheiden sich die Wiesbadener Bäder allerdings nicht vom bundesweiten Durchschnitt, sondern befinden sich noch in einer vergleichbar guten Situation. Als problematisch und damit als nicht sanierungsfähig wird dagegen das Freizeitbad Mainzer Straße (mit den meisten Besuchern) gesehen. Die Rahmenbedingungen für einen möglichen Ersatzneubau werden geprüft.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen (Hochwasser, Sturm) ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

Gesamtabschluss 2016

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt.

Vor dem Hintergrund der steigenden Anzahl älterer Menschen, insbesondere der Hochbetagten sowie Demenzerkrankten, steht die **Altenhilfe** vor neuen Herausforderungen. Zusätzliche Pflegeplätze und Fachkräfte werden benötigt. Die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und ihre Finanzierung werden unabdingbar und bergen sowohl Risiken als auch Chancen. Um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden, erfolgt seit 2014 eine umfangreiche Renovierung des Toni Sender Hauses. Die Entscheidung über die Zukunft des Moritz-Lang-Hauses (Sanierung oder Neubau an einem anderen Standort) ist noch offen. Als Entscheidungsgrundlage soll die Entwurfsplanung für die Entkernung und Sanierung bei laufendem Betrieb dienen, die Anfang 2018 vorliegen soll.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW)** bestehen generelle Risiken in der Änderung und Gestaltung der gesetzlichen Grundlagen (SGBII und SGBVIII) sowie in veränderten Ausgestaltungen durch die örtliche Vorgehensweise und der damit einhergehenden Finanzausstattung, die seit Jahren rückläufig ist. Da die Rechtsgrundlagen wie auch die Ausgestaltung der Maßnahmen der Daseinsvorsorge in der Regel der politischen Gestaltung unterliegen, sind rationale Risikoanalysen nur schwerlich möglich. Die staatlichen Fördermaßnahmen sind tatsächlich nur kurzfristig von Jahr zu Jahr planbar.

Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Sowohl Erbbaurechts- wie auch Pachtvertrag konnten bislang wegen einzelner, durch den Verpächter zu erbringenden Vorleistungen noch nicht abgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH nunmehr im Verlauf des Jahres 2018 erfolgen wird.

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßigen **Betriebsprüfungen** durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtwürdigung des Risikoszenarios zu dem Ergebnis führt, dass sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Verbunds gefährden.

Gesamtabschluss 2016

1.4 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick

In einem weiterhin günstigen wirtschaftlichen Umfeld sind im Hinblick auf das für die Landeshauptstadt Wiesbaden prognostizierte Bevölkerungswachstum und die allgemeine demografische Entwicklung in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten. Hierzu zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen, die Förderung des Wohnungsbaus, Investitionen in Schulen sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Weitere strategische Ziele sind die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens, die kommunale Offensive für den Klimaschutz mit der Erzeugung regenerativer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt. Die Integration von Flüchtlingen ist eine zusätzliche gesellschaftspolitische Herausforderung für den städtischen Verbund. Seit dem Jahr 2016 waren die Zahlen der Ankommenden jedoch wieder rückläufig. Unabhängig davon ist sicher, dass die Herausforderung noch bevorsteht, die Menschen mit hoher Bleibeperspektive insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

Da insbesondere die volatile und nur schwer prognostizierbare Gewerbesteuer die Ertragslage der Landeshauptstadt dominiert, die Aufgaben und die damit einhergehenden Aufwendungen aber stetig zunehmen, sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Die außergewöhnlich gute Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2016 und 2017 hat allerdings zu einem deutlichen Einnahmeplus geführt.

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** und die Wohnungsbaugesellschaften seit Jahren im Bestand haben, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. In weiteren Beteiligungsunternehmen der Holding wurden bereits in den Vorjahren Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, die in Anbetracht der immer bedeutender werdenden Liberalisierung der Energie- und Verkehrswirtschaft zwingend erforderlich sind. Bei Fortsetzung dieses erfolgreichen Konsolidierungsprozesses wird sich die Ergebnisentwicklung trotz der Risiken mittelfristig weiterhin positiv darstellen. Die von der Beteiligungsgesellschaft **WVV Wiesbaden GmbH** gehaltenen Anteile an der **Kom9 GmbH & Co. KG** sichern auch künftig eine nachhaltige Rendite, die höher ist als die Finanzierungsaufwendungen.

Obwohl die politischen Rahmenbedingungen schwer planbar sind, beteiligt sich **ESWE Versorgung** aktiv am Gelingen der Energiewende vor Ort. Dem Ausbau erneuerbarer Energien wird nach wie vor eine strategische Schlüsselrolle zugemessen. Die Nutzung von Windkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Wasserkraft und Erdwärme steht hierbei weiterhin im Fokus der Überlegungen.

Eine Aussage zur Prognose der kommenden Geschäftsjahre des **Verkehrsbereiches** steht unter dem Vorbehalt des zukünftig einzubeziehenden Vorantreibens des emissionsfreien Ausbaus des ÖPNV in Wiesbaden. Zwei große Projekte stehen bereits in der Planungsphase. Zum einen ist der Bau einer CityBahn geplant, die zunächst die Strecken mit hohem Fahrgastaufkommen - zwischen der Theodor-Heuss-Brücke und der Hochschule Rhein-Main am Elsässer Platz entlastet. In einer zweiten Stufe sollen die beiden Landeshauptstädte

Gesamtabschluss 2016

Mainz und Wiesbaden sowie Bad Schwalbach verbunden werden. Zum anderen ist die Kooperation mit der MVG und der traffiQ an dem Projekt H2Bus Rhein-Main - emissionsfreier Nahverkehr geplant. Parallel dazu ist der Austausch der Dieselflotte durch Elektrobusse vorgesehen. Zudem wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiter verfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Die Bewertung des Risikoszenarios führt aus Sicht der Geschäftsführung der WVV zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand gefährden. Für alle in den Konzern eingebundenen Unternehmen gilt es, sich in den kommenden Jahren weiter im Wettbewerb zu behaupten beziehungsweise sich auf den Wettbewerb einzustellen. Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2017 für den Konzern ein positives, jedoch erneut leicht rückläufiges Jahresergebnis vor Steuern.

Der Eigenbetrieb **WLW** (Wasserversorgung) geht für die Wirtschaftsjahre 2017 und 2018 von leicht negativen Ergebnissen aus.

Für die **Entsorgungsbetriebe** wird von einer stabilen Geschäftslage ausgegangen, für das Jahr 2017 wird mit konstanten Umsätzen und einem positiven Ergebnis gerechnet.

Eine Analyse des Risikopotenzials der **MBA Wiesbaden** lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Für das Jahr 2017 wird ebenfalls mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet.

Die Geschäftsführung der **Altenhilfe Wiesbaden GmbH** geht für das Jahr 2017 davon aus, dass die Erlössteigerungen aufgrund der Pflegesatzerhöhung bei der geplanten Auslastung ausreichen, die Personal- und Sachkostensteigerungen zu decken.

Die Planungen für das Neubauvorhaben der **HSK Pflege GmbH** am Standort der HSK Kliniken gemäß der beschlossenen Konzeption sind bis auf weiteres eingestellt.

Das Feierabendheim **Simeonhaus GmbH** geht für die folgenden Geschäftsjahre davon aus, dass die Erträge aus Serviceleistungen die anfallenden Aufwendungen decken und somit ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet werden können.

Die Entwicklung der **EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH** ist abhängig von der Entscheidung der Gremien der Landeshauptstadt und der Umsetzung der Konzepte zur Umstrukturierung. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen.

Die Belegungssituation der **Kurhaus Wiesbaden GmbH** war in den ersten Monaten sehr zufriedenstellend, insofern werden derzeit keine bestandsgefährdeten Risiken gesehen. Die wirtschaftliche Situation der TriWiCon ist im Wesentlichen bestimmt von den Ergebnissen der **Rhein-Main-Hallen GmbH**, die wiederum im Jahr 2017 und die folgenden Jahre durch den Neubau des RheinMain CongressCenters geprägt sind. Der Focus der **Wiesbaden Marketing GmbH** liegt in der Akquise von Veranstaltungen für das CongressCenter. Die Ver-

Gesamtabschluss 2016

marktung des Tourismus- und Kongressstandorts Wiesbaden wird sich gemäß der neuen Strategie auf die drei Aktionsfelder Kongressbereich, also Meetings, Incentives, Conventions und Events (MICE), den Ausbau und die Weiterentwicklung des Freizeit- und Shoppingtourismus sowie den Aufbau des Schwerpunktbereichs Gesundheits- und Medizintourismus konzentrieren.

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Hallen GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH unter der Dachgesellschaft **TriWiCon** wird in der Zukunft weitere Umsatzpotentiale für alle Gesellschaften generieren. Die Betriebsleitung sieht derzeit keine Risiken, die den Bestand der TriWiCon und ihrer Beteiligungen gefährden könnten. Für die Folgejahre werden ein planmäßiger Geschäftsverlauf und eine weitere Steigerung der Übernachtungszahlen erwartet.

Bei der **mattiaqua** handelt es sich um einen dauerdefizitären Eigenbetrieb der Landeshauptstadt. Damit liegen die Wiesbadener Bäder allerdings im bundesweiten Trend der kommunalen Schwimmeinrichtungen. Der hohe Neubau- bzw. Sanierungsbedarf wird das Geschäft in den nächsten Jahren prägen.

Für die **WJW** erwartet die Geschäftsführung für das GJ 2016/2017 weiterhin einen kritischen Weg.

Der **Verbund der Landeshauptstadt** Wiesbaden ist gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 42 % ist eine mehr als solide Basis um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die sehr gute Finanz- und Ergebnissituation wird allerdings durch politische Weichenstellungen in der Energiewirtschaft bzw. bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für zusätzliche Kosten aus der Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die erforderlichen Schulsanierungen, den sozialen Wohnungsbau, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie grundsätzlich den Kapaldienst aus Investitionen (u. a. Neubau des RheinMain CongressCenters). In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Für den Verbund kann für das Jahr 2017 mit einem deutlich positiven Jahresergebnis gerechnet werden. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist auch für die Zukunft gewährleistet.

1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern

Die Angaben über die nicht einbezogenen Aufgabenträger sind dem Punkt 3.1.2 zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2016 verwiesen.

Gesamtabschluss 2016

2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	7.515.172,85	6.629.306,02	0,9	13,4
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	31.957.388,00	34.186.110,00	-2,2	-6,5
	39.472.560,85	40.815.416,02	-1,3	-3,3
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.030.362.558,08	1.997.017.490,24	33,3	1,7
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	833.051.172,79	839.697.554,31	-6,6	-0,8
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	71.328.585,64	75.992.286,42	-4,7	-6,1
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	126.694.352,82	125.557.842,28	1,1	0,9
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	179.214.772,34	115.842.035,69	63,4	54,7
	3.240.651.441,67	3.154.107.208,94	86,5	2,7
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.927.345,15	1.926.960,87	0,0	0,0
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.3 Beteiligungen	313.623.273,78	312.756.258,68	0,9	0,3
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.330.269,75	29.578.643,68	-0,3	-0,8
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50,00	50,00	0,0	0,0
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	106.283.076,90	108.826.781,01	-2,5	-2,3
	451.164.015,58	453.088.694,24	-1,9	-0,4
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00	173.640.000,00	0,0	0,0
	3.904.928.018,10	3.821.651.319,20	83,3	2,2
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.502.985,28	6.923.066,72	0,6	8,4
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	82.398.509,29	60.873.307,08	21,5	35,4
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	43.922.074,97	38.902.849,07	5,0	12,9
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	32.355.097,66	38.202.272,24	-5,8	-15,3
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.082.060,69	40.816.562,94	-0,7	-1,8
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	778.023,88	439.904,93	0,3	76,9
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	64.355.415,17	55.135.214,75	9,2	16,7
	181.492.672,37	173.496.803,93	8,0	4,6
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,0	0,0
2.5 Flüssige Mittel	290.251.939,67	197.059.095,13	93,2	47,3
	561.646.106,61	438.352.272,86	123,3	28,1
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	30.985.354,05	29.300.843,67	1,7	5,7
	4.497.559.478,76	4.289.304.435,73	208,3	4,9

Gesamtabschluss 2016

PASSIVA Position	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position	1.259.089.688,26	1.259.089.688,26	0,0	0,0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	92.946.853,21	74.401.432,06	18,5	24,9
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen	3.527,57	0,00	0,0	0,0
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87	1.883.960,87	0,0	0,0
	94.834.341,65	76.285.392,93	18,5	24,3
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	172.101.565,08	121.687.027,68	50,4	41,4
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital	63.683.184,90	63.086.857,78	0,6	0,9
	1.589.708.779,89	1.520.148.966,65	69,5	4,6
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	230.353.484,43	235.510.757,66	-5,2	-2,2
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	18.723.199,38	17.815.918,91	0,9	5,1
2.1.3 Investitionsbeiträge	33.537.351,92	35.999.491,24	-2,4	-6,8
	282.614.035,73	289.326.167,81	-6,7	-2,3
2.2 Sonstige Sonderposten	32.652.777,99	31.863.870,00	0,8	2,5
	315.266.813,72	321.190.037,81	-5,9	-1,8
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	524.304.297,64	508.001.552,17	16,3	3,2
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	4.570.820,71	525.355,00	4,0	770,0
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	81.932.199,45	74.358.704,75	7,6	10,2
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.623.443,96	617.630,93	11,0	1781,9
3.5 Sonstige Rückstellungen	129.462.329,78	112.913.281,54	16,6	14,7
	751.893.091,54	696.416.524,39	55,5	8,0
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,0	0,0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.412.645.564,76	1.309.273.454,47	103,3	7,9
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	31.622.832,40	32.846.099,05	-1,2	-3,7
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	158.473.450,55	160.597.193,24	-2,1	-1,3
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	12.300.000,00	5.000.000,00	7,3	100,0
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,0	0,0
	1.615.041.847,71	1.507.716.746,76	107,3	7,1
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.805.082,16	7.654.006,93	-5,8	-76,4
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.402.244,90	65.703.092,63	-3,3	-5,0
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	12.791.478,95	4.359.993,22	8,4	193,4
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.144.527,36	5.880.033,75	0,3	4,5
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	98.777.852,91	114.503.190,16	-15,7	-13,7
	1.796.963.033,99	1.705.817.063,45	91,2	5,3
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	43.727.759,62	45.731.843,43	-2,0	-4,4
	4.497.559.478,76	4.289.304.435,73	208,3	4,9

Gesamtabschluss 2016

2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016 in €	Ergebnis des Vorjahres 2015 in €	Veränderung in Mio. €	
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	629.882.395,72	657.993.574,24	-28,1	-4,3
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	127.725.765,61	120.772.820,44	7,0	5,8
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	23.222.972,04	16.383.325,74	6,8	41,7
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	10.676.963,97	-12.638.463,79	23,3	184,5
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	588.614.369,53	544.461.953,23	44,2	8,1
6	Erträge aus Transferleistungen	212.759.883,74	170.118.061,66	42,6	25,1
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	257.248.169,30	225.378.502,96	31,9	14,1
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	14.726.729,08	14.907.612,34	-0,2	-1,2
9	Sonstige ordentliche Erträge	68.034.780,02	57.961.750,99	10,1	17,4
10	Summe der ordentlichen Erträge	1.932.892.029,01	1.795.339.137,81	137,6	7,7
11	Personalaufwendungen	420.938.040,88	404.475.224,48	16,5	4,1
12	Versorgungsaufwendungen	49.698.342,84	34.589.516,47	15,1	43,7
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	571.404.249,45	576.332.590,78	-4,9	-0,9
14	Abschreibungen	137.950.325,09	147.607.820,80	-9,7	-6,5
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	112.024.791,21	98.034.226,98	14,0	14,3
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	129.916.734,86	112.093.295,22	17,8	15,9
17	Transferaufwendungen	374.828.507,73	346.176.068,30	28,7	8,3
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.646.502,02	26.014.744,77	-5,4	-20,6
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.817.407.494,08	1.745.323.487,80	72,1	4,1
20	Verwaltungsergebnis	115.484.534,93	50.015.650,01	65,5	130,9
21	Finanzerträge	36.292.448,69	37.972.922,86	-1,7	-4,4
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.687.797,96	67.863.325,91	-4,2	-6,2
23	Finanzergebnis	-27.395.349,27	-29.890.403,05	2,5	8,3
24	Ordentliches Ergebnis	88.089.185,66	20.125.246,96	68,0	337,7
25	Außerordentliche Erträge	13.616.091,55	25.319.171,17	-11,7	-46,2
26	Außerordentliche Aufwendungen	17.135.752,94	15.259.355,25	1,9	12,3
27	Außerordentliches Ergebnis	-3.519.661,39	10.059.815,92	-13,6	-135,0
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	84.569.524,27	30.185.062,88	54,4	180,2
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-15.609.565,72	-21.589.779,64	6,0	27,7
Ergebnisverwendung					
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	121.687.027,68	96.684.456,26	25,0	25,9
31	Zuführung zu / Entnahme aus den Rücklagen	-18.545.421,15	16.407.288,18	-35,0	-213,0
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	172.101.565,08	121.687.027,68	50,4	41,4

Gesamtabschluss 2016

2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2016 in €	Ergebnis des Vorjahres 2015 in €
1		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	88.089.186	20.125.247
2	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	123.582.386	126.040.692
3	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	55.476.567	-1.834.047
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-14.726.729	-14.907.612
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	-8.975.454	10.607.379
5	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-6.325.827	-8.909.360
6	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-31.785.500	6.476.816
7	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-15.938.155	-30.334.798
8	+ / -	Aufwendungen und Erträge aus außerordentlichen Posten	-3.519.661	10.059.816
9		Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 8)	185.876.812	117.324.133
10a	+ / -	Ein- / Auszahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für Sachanlagen	8.539.246	13.771.522
10b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	15.233.861	20.184.502
11	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-211.678.302	-179.003.022
12a	+ / -	Ein- / Auszahlungen auf erhaltene Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für immaterielle Anlagevermögen	264.259	159.390
12b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	6.831	3.269
13	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.010.838	-5.560.686
14	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.996.053	2.404.481
15	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.423.466	-14.993.111
16	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
17	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
18	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
19	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
20		Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 10 bis 19)	-193.072.356	-163.033.655
21	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile etc.)	389	0
22	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-4.692.043	-20.772.179
23	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	241.096.670	112.508.286
24	-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-136.016.628	-112.801.044
25		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 21 bis 24)	100.388.388	-21.064.937
26		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 20, 25)	93.192.845	-66.774.460
27	+ / -	Wechselkurs-, Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
28	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	197.059.095	263.833.555
29	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 26 bis 28)	290.251.940	197.059.095

Gesamtabschluss 2016

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2016, und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 07. Dezember 2016. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport vom 22. Januar 2013 wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs. 7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht bei der Kapitalkonsolidierung vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des

Gesamtabschluss 2016

§ 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauische Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß §112 Abs.5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs.5 Nr.3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat die bisher von der Wiesbaden Stiftung gehaltenen Geschäftsanteile (5,1 %) am Feierabendheim Simeonhaus im Sommer 2016 erworben. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hält somit 100 % an der Feierabendheim Simeonhaus GmbH.

Stiftungen wurden im Gesamtabschluss nicht konsolidiert.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Gesamtabschluss 2016

Assoziierte Unternehmen

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

Die Anteile der DBW Recycling GmbH & Co. KG und der DBW Recycling Verwaltungs GmbH werden wegen Nachrangigkeit at cost bewertet.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat einen Teilgeschäftsanteil an der ZVN von nominell 5.000 Euro (20%) mit Vertrag vom Februar 2016 an den Rheingau-Taunus-Kreis veräußert. Der Geschäftsanteil in Höhe von 4,6 % bleibt im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden.

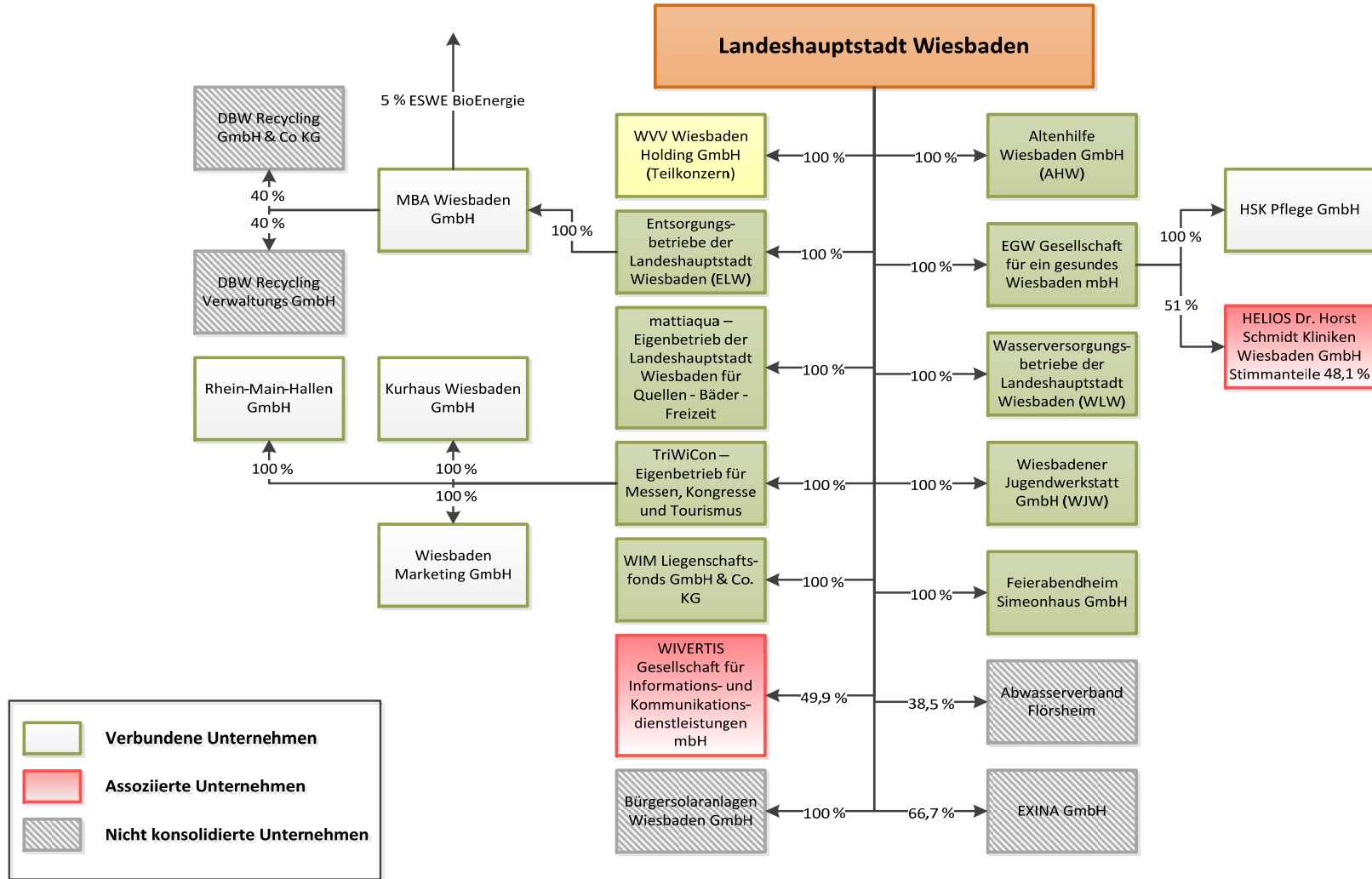
Zum 21.03.2016 wurde die GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH in GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH umbenannt.

Darüber hinaus wurde die WVV Grundstücksverwaltungs GmbH zum 16.03.2016 in Beteiligungsgesellschaft WVV Holding GmbH umbenannt.

Mit notariellem Verschmelzungsvertrag vom 11.08.2016 wurde die Wiesbadener Windpark-Entwicklungs GmbH (WWE) mit Wirkung zum 01.01.2016 auf die ESWE Versorgungs AG verschmolzen.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

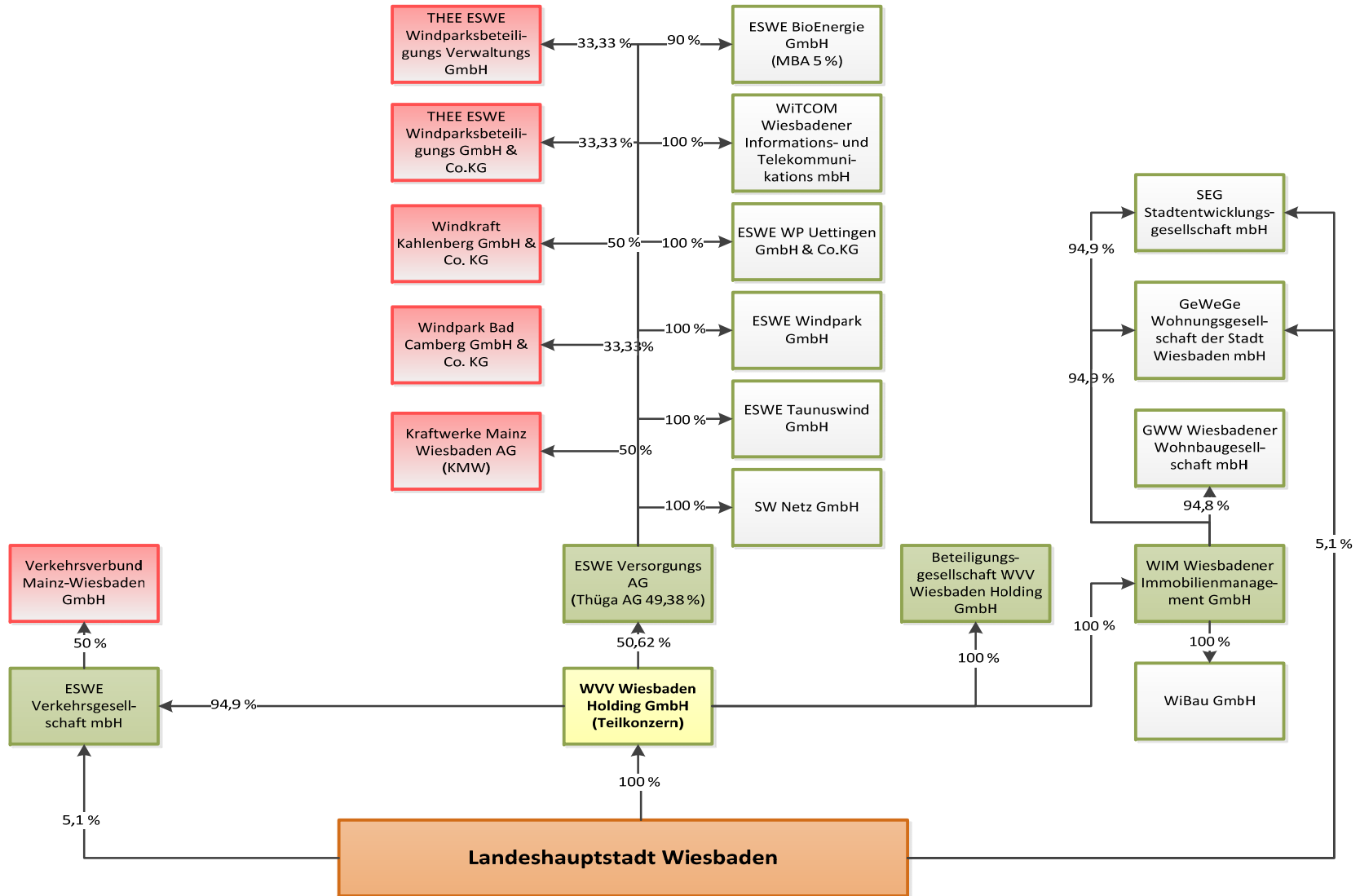
Gesamtabschluss 2016



Verbundene Unternehmen
 Assoziierte Unternehmen
 Nicht konsolidierte Unternehmen

Ansicht Verbund

Gesamtabschluss 2016



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2016

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs.3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2016 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2016 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	367.957	-68.351	299.606

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2016

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern sind neutralisiert worden.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus 2.11. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2016

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gem. den Hinweisen des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich kurzorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 47 % (LHW), 40 % (WVV) und 9 % (ELW) also insgesamt rd. 96 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zu Grunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Gesamtabschluss 2016

Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Bei der Kernverwaltung werden keine aktiven latenten Steuern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2016

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 19.06.2013 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die Kernverwaltung der LHW ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2016 anzusetzenden Zinsfuß von 4,01 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der Aufgabenträger sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. Mit der Neuregelung des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden neue Bewertungsvorgaben festgelegt. So sind die Pensionsrückstellungen ab 2016 unter Anwendung eines zehnjährigen Durchschnittzinssatzes (zum Stichtag 31.12.2016 i.H.v. 4,01) und nicht unter Anwendung eines siebenjährigen Durchschnittzinssatzes zu ermitteln.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

Gesamtabschluss 2016

ERTRÄGE

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die erstmalige Anwendung des Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) hat bei den Aufgabenträgern zu einer Änderung der Umsatzerlösdefinition geführt. Hieraus ergeben sich zwischen den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen Verschiebungen, die grundsätzlich dazu führen, dass die Vorjahreszahlen in den Einzelabschlüssen der Gesellschaften sowie im Konzernabschluss der WVV nicht vergleichbar sind. Die Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des BilRUG führt zu höheren Umsatzerlösen und entsprechend geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen.

.

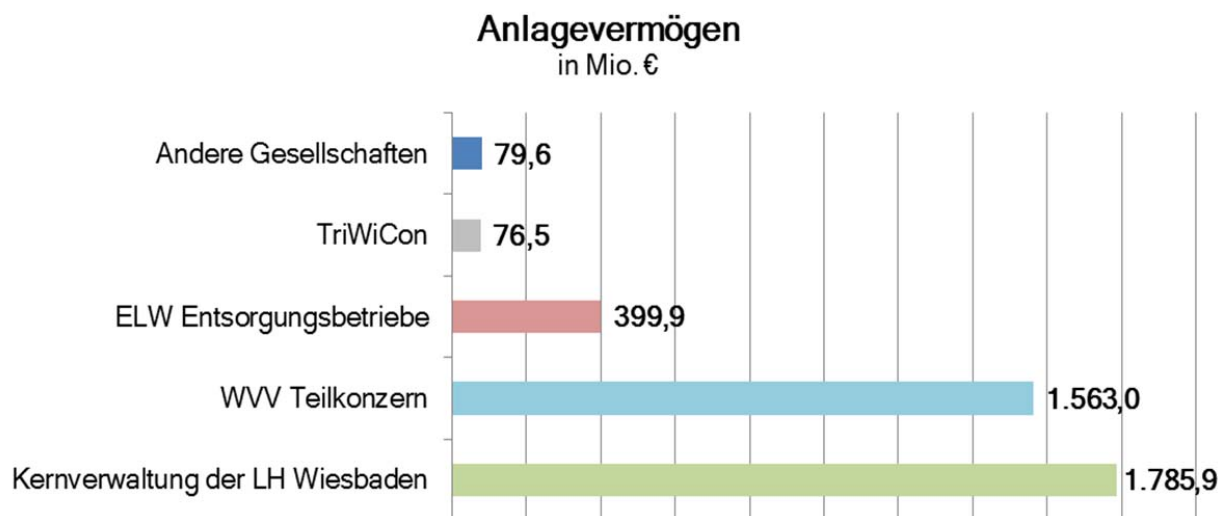
Gesamtabschluss 2016

3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 3.904,9 Mio. € (VJ 3.821,6 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 39,5 Mio. € nahezu gleich geblieben.

Materiell wichtigste Position sind die von der Kernverwaltung i. H. v. 32,0 Mio. € geleisteten Investitionszuweisungen, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Kinderbetreuung und Wohnungsbau.

Gesamtabschluss 2016

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 86,6 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2016	3.154,1
Zugänge	211,7
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-115,6
Umbuchungen	-0,6
Konzernkreisveränderungen	0,0
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-8,9
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2016	3.240,7

Gesamtabschluss 2016

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €	
Grundstücke	4,1
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden einschl. Flüchtlingsunterkünften	56,3
Schulen / Kindertagesstätten	28,6
Neubau RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC)	40,7
Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser	18,9
Energieverteilungsanlagen	10,9
Fernwärmeleitungen	3,9
Abwassersammlungsanlagen (Kanäle)	7,0
Abwasserreinigungsanlage (Klärwerke)	4,6
Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.)	14,8
Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge)	9,4
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	7,6
Sonstiges	5,0
Summe	211,7

Gesamtabschluss 2016

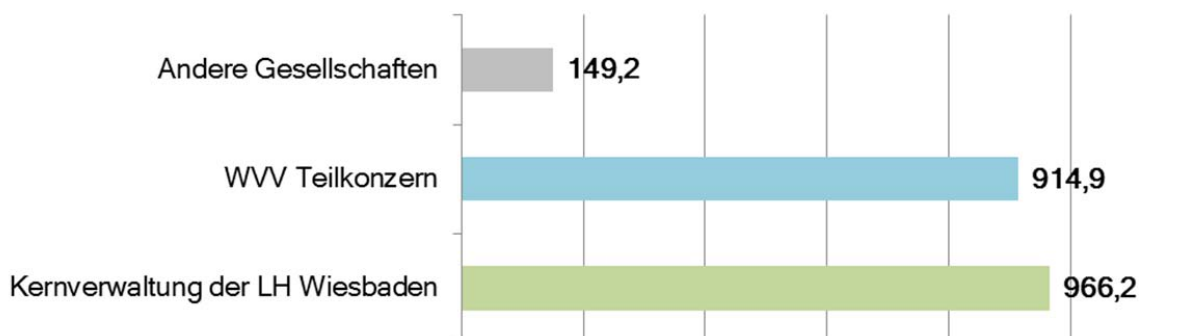
Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.030,3	1.997,0	33,3 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	753,0	735,6	17,4 ↑
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	487,2	483,7	3,5 ↑
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	132,4	126,4	6,0 ↑
Unbebaute Grundstücke	172,7	167,3	5,4 ↑
Sonstiges	485,0	484,0	1,0 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition auf 2030,3 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (487,2 Mio. €) bilden die Wohngebäude (753,0 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken in Mio. €



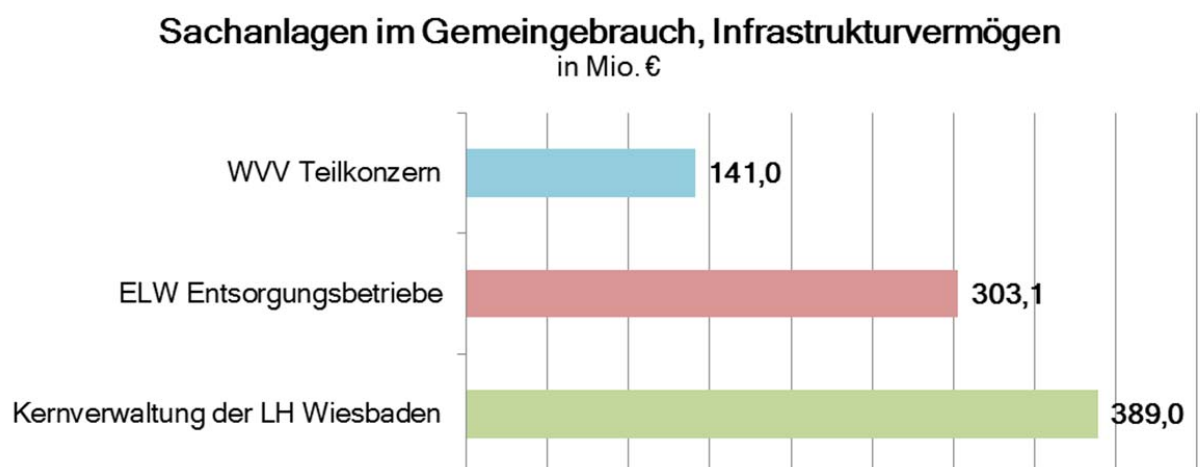
Gesamtabschluss 2016

Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	833,1	839,7	-6,6 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	292,4	295,9	-3,5 ↓
Straßen, Wege, Plätze	194,7	202,9	-8,2 ↓
Energieversorgungsnetz	141,0	140,7	0,3 ↑
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	64,8	62,9	1,9 ↑
Wald	48,0	47,8	0,2 ↑
Sonstiges	92,2	89,5	2,7 ↑

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 833,1 Mio. € (Vorjahr 839,7 Mio. €). Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 292,4 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 194,7 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 141,0 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich folgendermaßen auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



Gesamtabschluss 2016

Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie das Sondervermögen der fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen mit 451,2 Mio. € (Vorjahr 453,1 Mio. €) nahezu unverändert geblieben.

Im Wesentlichen tragen zu diesem Wert die Beteiligungen an der KMW mit 149,2 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Darüber hinaus beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt hat ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. € bilanziert.

Gesamtabschluss 2016

3.2.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen weist eine eklatante Erhöhung um 123,2 Mio. € aus und beträgt zum 31.12.2016 insgesamt 561,6 Mio. € (Vorjahr 438,4 Mio. €).

Dies ist zum einen auf die Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (z. B. zum Verkauf bestimmte Grundstücke) um 20,7 Mio. €, zum anderen auf die Zunahme der flüssigen Mittel um 93,2 Mio. € zurückzuführen. Der Anstieg der flüssigen Mittel betrifft größtenteils die Kernverwaltung der LHW, die aufgrund des nicht zu erwartenden Anstiegs der Gewerbesteuer einen Guthabenbestand bei Kreditinstituten i.H.v. 210,5 Mio. € aufweist (Vj. 123,8 Mio. €).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind moderat um 8,0 Mio. € gestiegen. Die Restlaufzeiten sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und beträgt im Berichtsjahr 31,0 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4,7 Mio. €) sowie im Dezember 2016 gezahlte Transferaufwendungen (19,4 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,8 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2016

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 69,5 Mio. € auf 1.589,7 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Eigenkapital	1.589,7	1.520,2	69,5 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	94,8	76,3	18,5 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	172,1	121,7	50,4 ↑
Anteile Dritter am Eigenkapital	63,7	63,1	0,6 ↑

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2016 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2015 i. H. v. 18,5 Mio. € in die Rücklage eingestellt, so dass sie sich entsprechend erhöht hat. Bei dem in dieser Position ebenfalls enthaltenen Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. € handelt es sich um das auf der Aktivseite unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen in gleicher Höhe ausgewiesene Sondervermögen.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöhte sich um 50,4 Mio. € auf nunmehr 172,1 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, sind annähernd unverändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2016

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr haben sich die Sonderposten mit 315,3 Mio. € (Vorjahr 321,2 Mio. €) geringfügig verringert. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge betreffen in erster Linie mit 268,1 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Davon entfallen 230,2 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,8 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 29,1 Mio. € auf Erschließungsbeiträge für Straßen.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 42,8 Mio. € sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 29,4 Mio. €.

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten entfallen zu großen Teilen auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau.

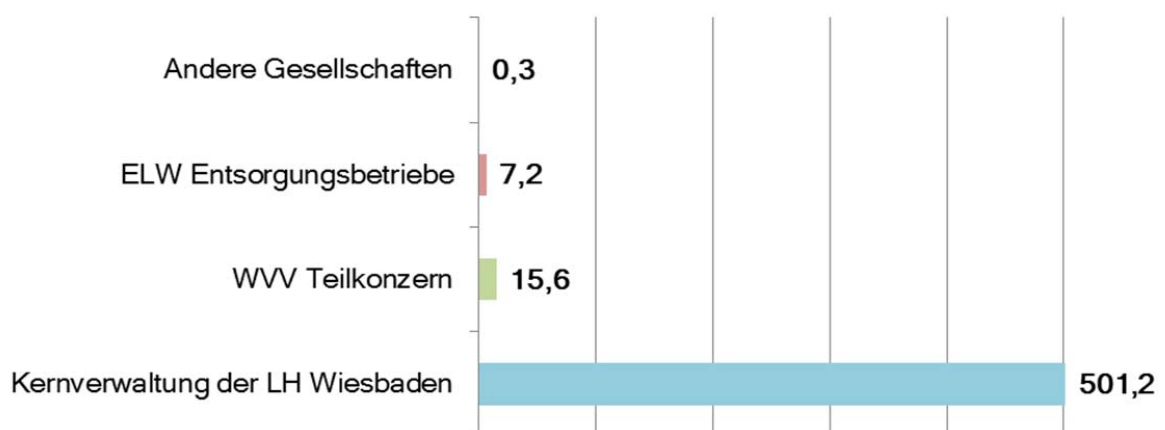
Gesamtabschluss 2016

3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen um 55,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 751,9 Mio. € angestiegen. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

Materiell bedeutendste Position mit 524,3 Mio. € sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (439,6 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5% abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (4,01%¹⁷) ergeben sich hier stille Lasten in Höhe von rd. 28 Mio. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Zum anderen wird als wesentlicher Posten gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (61,1 Mio. €). Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 15,6 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 81,9 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen.

¹⁷ Mit der Änderung des HGB vom 11.03.2016 wird der Durchschnittszinssatz für Pensionsrückstellungen auf Zehn-Jahres-Basis ermittelt

Gesamtabschluss 2016

Die Kernverwaltung der LHW hat im Berichtsjahr Rückstellungen für die Altlastensanierung in Höhe von 10,4 Mio. € sowie für die Beseitigung eines Arsenschadens auf den Rheinwiesen i.H.v. 1,2 Mio. € gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 129,5 Mio. € betreffen mit 102,3 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2016
WVV Teilkonzern	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	16,6
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	23,1
Steuerrückstellungen	11,2
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	10,2
Bauinstandhaltungen	4,7
Netzentgelte	4,9
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäft	10,8
Verpflichtungen aus RMV-Einnahmenaufteilungsverfahren	2,5
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	
Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto)	7,7
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	2,9

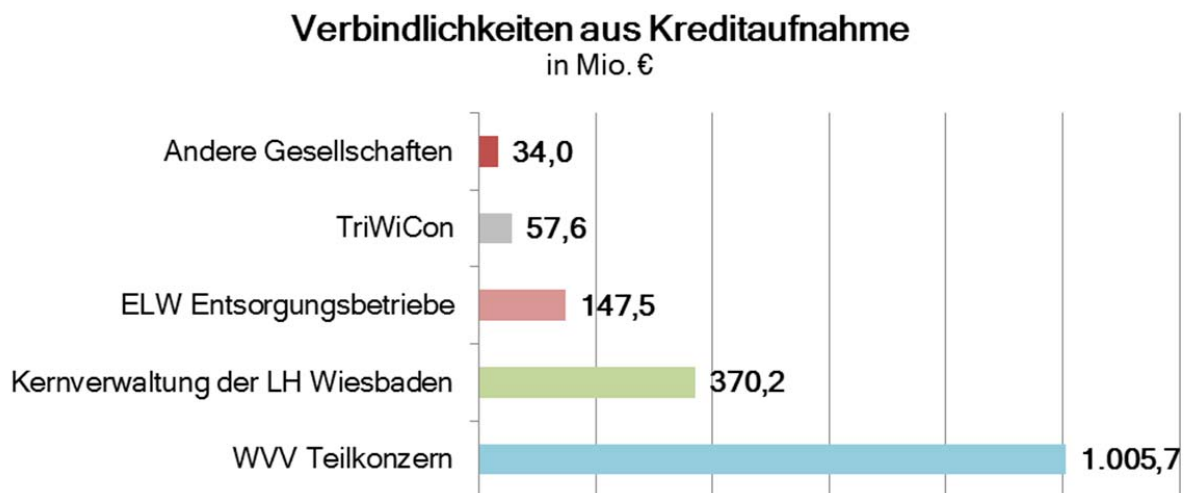
Gesamtabschluss 2016

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.797,0 Mio. € um 91,2 Mio. € erhöht.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 1.615,0 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2015 um 107,3 Mio. € gestiegen sind.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die Verbindlichkeiten des WVV Teilkonzerns von 1.005,7 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 607,3 Mio. € (Vj. 561,5 Mio. €), die WVV Holding mit 231,8 Mio. € (Vj. 198,9 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 138,3 Mio. € (Vj. 136,4 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 28,3 Mio. € (Vj. 27,2 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 43,7 Mio. € (Vorjahr 45,7 Mio. €).

Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der LHW i. H. v. 35,4 Mio. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2016

3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

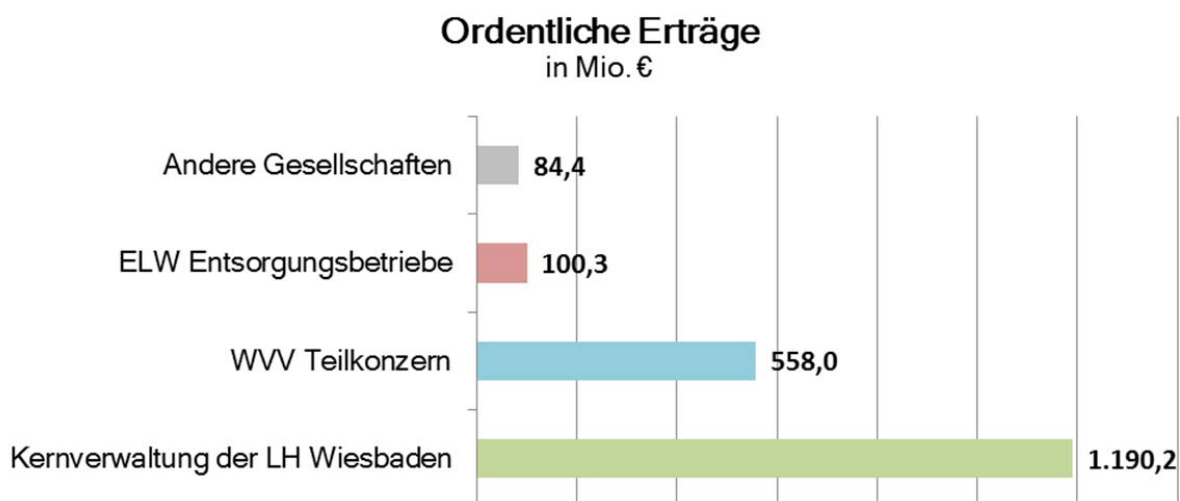
Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2015 auf 115,5 Mio. € verbessert und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Verwaltungsergebnis	115,5	50,0	65,5 ↑
Ordentliche Erträge	1.932,9	1.795,3	137,6 ↑
Ordentliche Aufwendungen	1.817,4	1.745,3	72,1 ↑

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 1.932,9 Mio. € sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam 63% dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Gesamtabschluss 2016

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Leistungsentgelte	757,6	778,8	-21,2 ↓
Versorgung	372,8	379,9	-7,1 ↓
Entsorgung	81,4	80,1	1,3 ↑
Verkehr	47,4	44,9	2,5 ↑
Immobilien	129,7	151,4	-21,7 ↓
Sonstiges	126,3	122,5	3,8 ↑

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 49 % der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erzielt. Von 372,8 Mio. € entfallen 225,4 Mio. € auf die Strom- und 91,8 Mio. € auf die Gasversorgung. Gegenüber dem Vorjahr wird ein Rückgang der Versorgungsleistungen, insbesondere Strom ausgewiesen. Ursache ist der Verlust eines Großkunden bei der ESWE Versorgungs AG. Im Segment Immobilien sind die Erlöse aus dem Verkauf von bebauten Grundstücken zurückgegangen.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 23,2 Mio. € (Vj. 16,4 Mio. €) sind gestiegen und entfallen nahezu ausschließlich auf die Kernverwaltung. Hierin enthalten ist u. a. die Erstattung vom Land für die Notunterkünfte der Flüchtlinge.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Im Berichtsjahr wird eine Bestandserhöhung von 10,7 Mio. € ausgewiesen.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 588,6 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 44,1 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2016

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	588,6	544,5	44,1 ↑
Gewerbsteuer	317,2	286,5	30,7 ↑
Einkommenssteuer	163,7	154,6	9,1 ↑
Grundsteuer	58,1	56,6	1,5 ↑
Umsatzsteuer	25,1	24,6	0,5 ↑
Sonstiges	24,5	22,2	2,3 ↑

Den größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer mit 317,2 Mio. € (54 %). Im Berichtsjahr wird eine Erhöhung um 30,7 Mio. € ausgewiesen. Die Gewerbesteuererträge entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 42,7 Mio. € gestiegen und betragen 212,8 Mio. € (Vj. 170,1 Mio. €). Sie entfallen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind unter anderem die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Bedingt durch die Flüchtlingskrise ist im Berichtsjahr ein starker Zuwachs zu verzeichnen. Den Erträgen stehen Aufwendungen gegenüber.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 257,2 Mio. € (Vj. 225,4 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen bzw. Zuschüssen von Bund und Land zusammen und beinhalten auch die deutlich gestiegenen Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen).

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** aus empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen i. H. v. 14,7 Mio. € (Vj. 14,9 Mio. €) entfallen 13,8 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

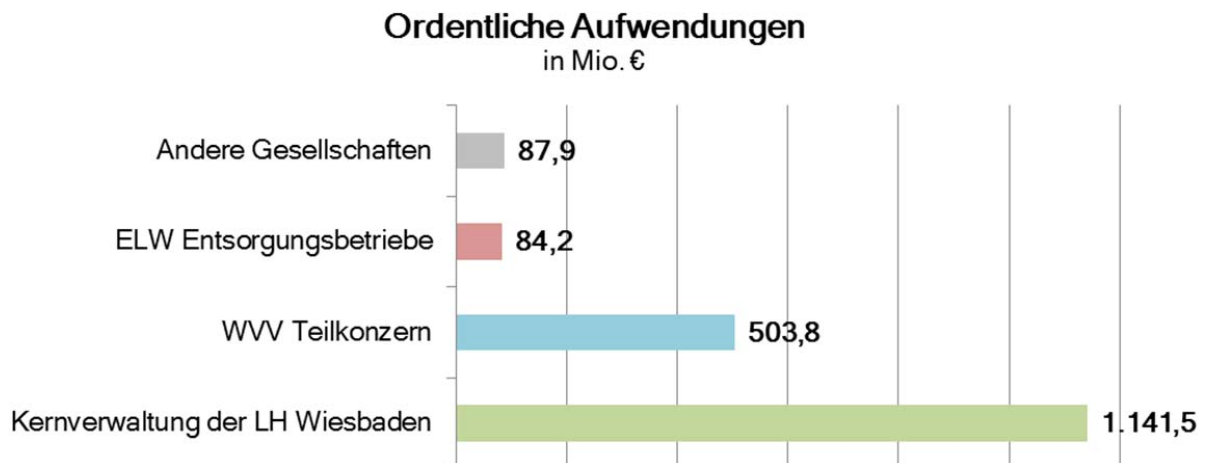
Gesamtabschluss 2016

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 68,0 Mio. € (Vj. 58,0 Mio. €) beinhalten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 33,1 Mio. € (Vj. 20,1 Mio. €).

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.817,4 Mio. € (Vj. 1.745,3 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



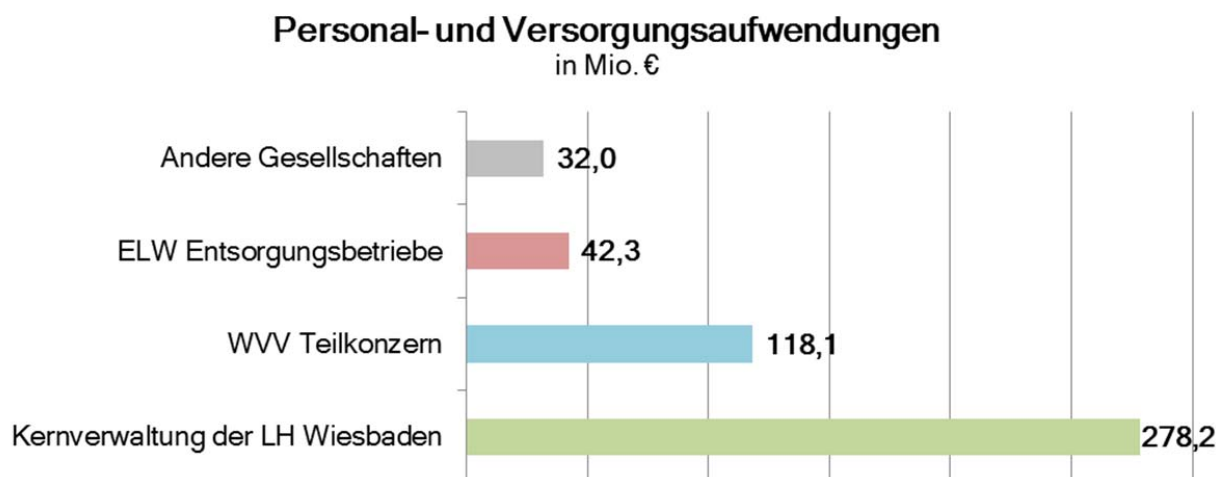
Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 420,9 Mio. €. Da die Versorgungsaufwendungen i. H. v. 49,7 Mio. €, die zu großen Teilen für die Beamten der LHW entstehen, nicht nur den Aufwand für die Ruhestandsbeamten sondern auch den für die aktiven Beamten (z. B. für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) umfassen, werden diese beiden Positionen in der folgenden Tabelle zusammen betrachtet.

Gesamtabschluss 2016

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Personalaufwendungen	420,9	404,5	16,4 ↑
Versorgungsaufwendungen	49,7	34,6	15,1 ↑
Summe	470,6	439,1	31,5 ↑
Arbeitnehmerentgelte	292,5	278,0	14,5 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	96,3	81,9	14,4 ↑
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	64,2	62,1	2,1 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	17,6	17,1	0,5 ↑

Die Personalaufwendungen sind nicht zuletzt durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen höher als im Vorjahr ausgefallen. Die Versorgungsaufwendungen schwanken durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personalaufwendungen folgendermaßen dar:



Mit 278,2 Mio. € entfallen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 59 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Gesamtabschluss 2016

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

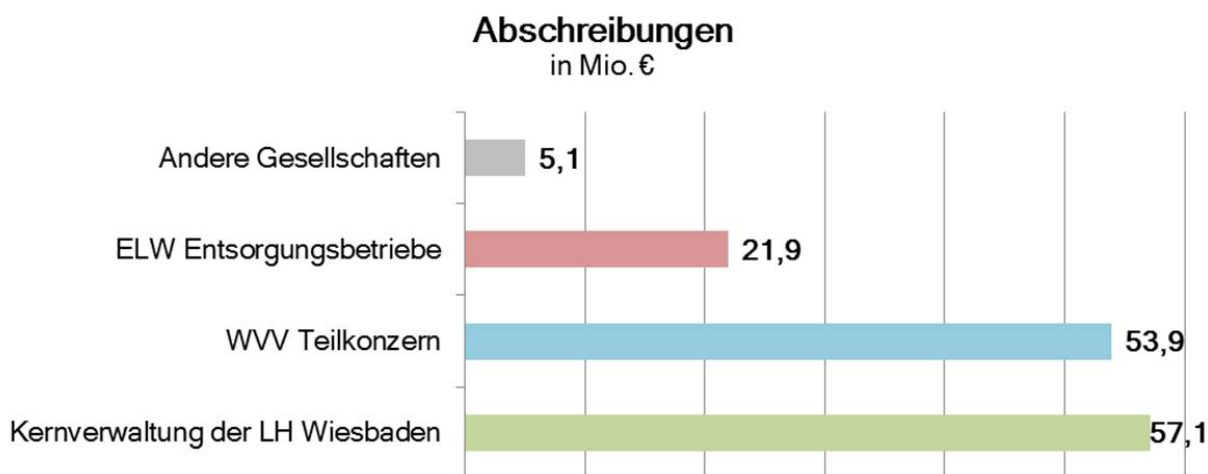
Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 571,4 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Enthalten sind insbesondere Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren i.H.v. 266,2 Mio. € (Vj. 298,8 Mio. €), Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltungen i. H. v. 131,4 Mio. € (Vj. 123,6 Mio. €), Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten i. H. v. 104,9 Mio. € (Vj. 98,6 Mio. €) sowie sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 68,9 Mio. € (Vj. 55,4 Mio. €).

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr 138,0 Mio. €. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 9,6 Mio. € reduziert. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

in Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Abschreibungen	138,0	147,6	-9,6 ↓
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	5,5	5,8	-0,3 ↓
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,5	2,3	0,2 ↑
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	113,8	112,5	1,3 ↑
Wertberichtigungen auf Forderungen	16,2	27,0	-10,8 ↓

Beigetragen zu dem Wert der Gesamtabschreibungen haben in erster Linie folgende Aufgabenträger:

Gesamtabschluss 2016



Die **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 112,0 Mio. € (Vj. 98,0 Mio. €) entfallen in erster Linie auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (17,0 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (12,2 Mio. €), den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (8,2 Mio. €), den AWO Kreisverband Wiesbaden (5,2 Mio. €), den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau (2,2 Mio. €), die Europa-Schule Dr. Obermayr (2,2 Mio. €), das Kinderhaus Wiesbaden e. V. (2,4 Mio. €) sowie verschiedene gemeinnützige Kindereinrichtungen i. H. v. 5,9 Mio. €.

Die **Steueraufwendungen** haben sich mit 129,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (112,1 Mio. €) erhöht, stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (72,7 Mio. €) sowie die Gewerbesteuerumlage (50,5 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 374,8 Mio. € (Vj. 346,2 Mio. €) entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 166,8 Mio. € (Vj. 161,5 Mio. €) und nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 126,2 Mio. € (Vj. 120,8 Mio. €).

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 20,6 Mio. € (Vj. 26,0 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung sowie Aufwendungen aus Konsolidierungsdifferenzen.

Gesamtabschluss 2016

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis beträgt -27,4 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 29,9 Mio. €) geringfügig verbessert.

Finanzerträge

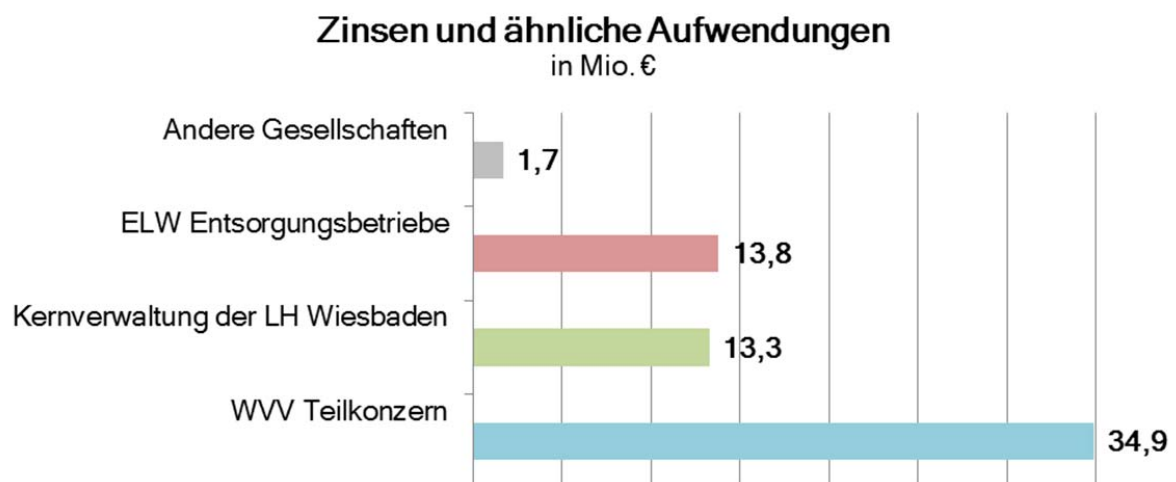
Die Finanzerträge i. H. v. 36,3 Mio. € (Vj. 38,0 Mio. €) resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (8,7 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (14,9 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,5 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (7,7 Mio. €).

Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die indirekte Anteile an der Thüga AG hält.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen reduzierten sich zum Stichtag 31.12.2016 um 4,2 Mio. €, belaufen sich nunmehr auf 63,7 Mio. € und entfallen zu einem großen Teil auf den WVV-Teilkonzern.



Gesamtabschluss 2016

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 13,6 Mio. € (Vj. 25,3 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (9,5 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (2,9 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (1,2 Mio. €)

In den **Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** sind Erträge i. H. v. 6,5 Mio. € der Kernverwaltung der LHW enthalten - u. a. aus diversen Grundstücksverkäufen - sowie Erträge aus Anlagenabgängen des WVV-Teilkonzerns i. H. v. 2,6 Mio. €.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind mehrheitlich im WVV-Teilkonzern (2,8 Mio. €) entstanden.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen bei der Kernverwaltung mit 1,1 Mio. € durch Grundstücksumlegungen und Tausch (Baulandumlegung) entstanden.

Außerordentliche Aufwendungen

Die Außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 17,1 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (1,9 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (3,2 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (11,4 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen** resultieren insbesondere im WVV-Konzern i.H.v. 1,3 Mio. € aus Abschreibungen auf Anlagen im Bau bei der ESWE Taunuswind GmbH wegen voraussichtlicher Nichtrealisierung des Windparkprojektes sowie 0,5 Mio. € aus Abschreibungen auf ein Bestandsobjekt bei der SEG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH.

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (2,9 Mio. €), die durch Grundstücksumlegungen entstanden sind.

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** weisen eine deutliche Erhöhung aus und entfallen mit 10,5 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern. Hiervon betreffen 9,1 Mio. € die Zuführung zur Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Wasserkartellverfahren bei der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2016

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 15,6 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung

Die zusammengefasste Finanzrechnung zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. Für die Zwecke des Gesamtabschlusses wurde der Posten Flüssige Mittel der zusammengefassten Vermögensrechnung als Finanzmittelfonds definiert. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Veränderung - eine Zunahme im Berichtsjahr um 93,2 Mio. € - wird dabei den Ein- und Auszahlungen aus drei unterschiedlichen Aktivitäten, der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für den Verbund wird durch Eliminierung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge im Periodenergebnis ermittelt, ebenso werden die Auswirkungen der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Liquidität berücksichtigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fasst die Zahlungsströme aus Investitionen, Desinvestitionen und erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen und bei den Sonderposten sind im Anhang erläutert. Wesentliche nicht finanzwirksame Sachverhalte wurden herausgerechnet. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden weder erworben noch verkauft.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit bildet Einzahlungen der Miteigentümer bzw. Auszahlungen an außenstehende Miteigentümer von Aufgabenträgern sowie die Neuaufnahme bzw. Tilgung von Krediten ab.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Kreditfinanzierung sind ebenfalls im Anhang erläutert.

Gesamtabschluss 2016

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

Die Kernverwaltung der LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge). Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeiträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 31 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der o.g. Satzung).

Gesamtabschluss 2016

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2016	2015	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende	6,5	6,6	-0,1
	Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	56,7	59,7	-3,0
	WV Wiesbaden Holding GmbH	202,5	198,6	3,9
	GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	112,9	126,1	-13,2
	ESWE Versorgungs AG	64,8	69,2	-4,4
	GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	75,7	75,1	0,6
	ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	27,5	26,8	0,7
	SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	14,0	15,0	-1,0
	AltenHilfe Wiesbaden GmbH	3,5	3,9	-0,4
	WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3,2	3,2	0,0
	WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	7,9	8,0	-0,1
	Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	3,1	2,1	1,0
	WI-Bau GmbH	16,9	9,1	7,8
Summe:		595,2	603,4	-8,2
WW Teilkonzern	Treuhandverbindlichkeiten	8,2	11,9	-3,7
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	50,0	0,0
Summe:		58,2	61,9	-3,7

Gesamtabschluss 2016

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	Höhe der Verpflichtung in Mio. €		Änderung
		2016	2015	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz.	12,7	12,7	0,0
	IT-Dienstleistungsvertrag WIVERTIS inkl. Zusatzausstattung	13,4	13,3	0,1
	Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger	47,7	48,9	-1,2
Summe:		73,8	74,9	-1,1
WV Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	55,8	21,1	34,7
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	8,1	7,5	0,6
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	51,5	16,5	35,0
	Verpflichtung aus Personalgestellungsverträgen	0,6	0,0	0,6
	Verpflichtungen aus Grundstückskaufverträgen	0,7	0,7	0,0
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	13,1	13,2	-0,1
Summe:		129,8	59,0	70,8
ELW Entsorgungsbetriebe	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	11,5	12,7	-1,2
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	0,4	0,7	-0,3
Summe:		11,9	13,4	-1,5
WJV Wiesbadener Jugendwerkstatt	sonstige finanzielle Verpflichtungen	3,4	2,5	0,9

Darüber hinaus bestehen bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem

Gesamtabschluss 2016

Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 133,1 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 21,8 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Gesamtabschluss 2016

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
WVW-Teilkonzern	1.893	0	1.893	37 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	4	0	4	0 →
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	2	0	2	-1 ↓
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	128	0	128	0 →
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	206	0	206	-2 ↓
ELW Entsorgungsbetriebe	703	7	710	-3 ↓
MBA Wiesbaden GmbH	1	0	1	0 →
TriWiCon	80	0	80	-9 ↓
Kurhaus Wiesbaden GmbH	19	0	19	0 →
Wiesbaden Marketing GmbH	16	0	16	0 →
Rhein-Main-Hallen GmbH	25	0	25	1 ↑
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	113	1	114	6 ↑
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Kernverwaltung der LH Wiesbaden	6	0	6	0 →
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	2	0	2	-1 ↓
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	3.419	992	4.411	76 ↑
Gesamt	6.620	1.000	7.620	104 ↑

Gesamtabschluss 2016

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa (seit 01.04.2016) Nickel, Wolfgang (bis 31.03.2016)	Bröder, Wilfried (seit 01.04.2016) David, Michael (seit 01.04.2016) Enders, Gabriele (seit 01.04.2016) Große, Claus-Peter Queck, Katharina (bis 31.03.2016) Schickel, Peter (bis 31.03.2016) Schon, Manuela (bis 31.03.2016) Seidensticker, Eberhard (seit 01.04.2016) von Seemen, Ingo (seit 01.04.2016)
Weitere Stadtverordnete zum 31.12.2016:	
Altintop-Nelson, Nedret Andes-Müller, Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachhofen, Vanessa Bachmann, Christian Becht, Monika Belz, Stephan Beyes, Aglaja Bohrer, Hartmut Braun, Karl Breuer, Stefan Coigné, Mechthilde Delbasteh Dr., Rashid Denzer, Manuel Diers, Christian Egert, Urban Forßbohm, Brigitte Gabler, Norman Gores, Wolfgang Güler, Sibel Hebenstreit, Anita Heller, Monika Hinninger, Christiane Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Koch, Simone Küpper, Konstanze Lambrou, Robert Lohrmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried	Mucha, Monika Müller Dr., Eckhard Müller, Erika Nickel, Wolfgang Obergfell, Hans-Michael Oschmann, Petermartin Pfeifer, Rainer Preinl, Thomas Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Rutten, Sebastian Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schuchalter-Eicke, Gabriele Schulz, Dimitri Schulz, Joachim Schulz, Peter Schwalbach, Lucas Schwarzer, Julia Sidiani, Daniel Sobek, Jörg Spallek, Stefan Spruch, Claudia Temmen, Sandra Uebersohn Dr., Gerhard Vogt, Petra Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Wagner, Erika Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Sarah Wernergold, Jürgen

Gesamtabschluss 2016

Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Mensching, Fredy	Wilhelmy, Veit Winkelmann, Alexander Wittkowski Dr., Bernd
---	--

Die Mitglieder des Magistrats in 2016 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Brenneis Dr., Helga (seit 28.04.2016) Coigné, Mechthild (bis 31.03.2016) Gaßner, Markus (seit 28.04.2016) Goebel, Michael (seit 28.04.2016) Gores, Wolfgang (bis 31.03.2016) Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo (seit 28.04.2016) Knauer, Christa (bis 31.03.2016) Kornmüller-Bolte, Daniela (bis 31.03.2016) Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten (bis 31.03.2016) Rentsch, Florian (seit 28.04.2016) Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga (seit 25.05.2016) von Scheidt, Helmut (bis 31.03.2016) Winkelmann, Ulrich (seit 25.05.2016) Wolf, Gabriele Wolz, Ivo (seit 28.04.2016)

Wiesbaden, den 28.02.2018



Imholz
Stadtkämmerer

Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR					Abschreibungen in EUR				Buchwerte in EUR		
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	6.502.118.094	221.112.606	42.526.439	0	-1.342.603	6.679.361.658	2.680.466.775	123.582.386	29.615.520	2.774.433.640	3.904.928.018	3.821.651.319
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	87.602.138	6.010.838	6.099.428	640.976	0	88.154.524	46.786.722	7.987.838	6.092.597	48.681.963	39.472.561	40.815.416
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	27.326.655	2.780.474	726.895	640.976	0	30.021.210	20.697.349	2.531.731	723.043	22.506.037	7.515.173	6.629.306
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	60.275.483	3.230.364	5.372.533	0	0	58.133.315	26.089.373	5.456.107	5.369.554	26.175.927	31.957.388	34.186.110
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Sachanlagen	5.748.522.114	211.678.302	32.424.712	-640.976	0	5.927.134.727	2.594.414.905	115.594.548	23.526.167	2.686.483.286	3.240.651.442	3.154.107.209
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.762.197.714	69.110.673	11.482.529	14.960.411	0	2.834.786.269	765.180.224	43.583.599	4.340.112	804.423.711	2.030.362.558	1.997.017.490
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.416.535.745	25.712.912	5.798.768	14.612.805	0	2.451.062.694	1.576.838.191	46.324.211	5.150.880	1.618.011.522	833.051.173	839.697.554
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	163.088.859	1.432.920	1.314.784	831.939	0	164.038.935	87.096.572	6.889.064	1.275.288	92.710.349	71.328.586	75.992.286
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	290.153.143	16.961.229	12.880.503	1.805.951	0	296.039.820	164.595.301	17.510.053	12.759.887	169.345.467	126.694.353	125.557.842
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	116.546.653	98.460.567	948.129	-32.852.082	0	181.207.009	704.617	1.287.620	0	1.992.237	179.214.772	115.842.036
1.3 Finanzanlagen	492.353.842	3.423.466	4.002.299	0	-1.342.603	490.432.407	39.265.148	0	-3.243	39.268.391	451.164.016	453.088.694
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.961	384	0	0	0	1.927.345	0	0	0	0	1.927.345	1.926.961
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.3.3 Beteiligungen	351.529.288	3.368.585	1.158.966	0	-1.342.603	352.396.303	38.773.029	0	0	38.773.029	313.623.274	312.756.259
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.578.644	0	248.374	0	0	29.330.270	0	0	0	0	29.330.270	29.578.644
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50	0	0	0	0	50	0	0	0	0	50	50
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	109.318.900	54.497	2.594.958	0	0	106.778.439	492.119	0	-3.243	495.362	106.283.077	108.826.781
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Gesamtabschluss 2016

Anlage (2) Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	9.827.372	6.123.377	27.971.326	43.922.075	38.902.849
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	32.308.579	40.534	5.985	32.355.098	38.202.272
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.964.903	95.302	21.855	40.082.060	40.816.563
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	778.024	0	0	778.024	439.905
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	62.259.907	1.883.467	212.041	64.355.415	55.135.215
Gesamt		145.138.785	8.142.680	28.211.207	181.492.672	173.496.804

Gesamtabschluss 2016

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2016	1.259.089.688	74.401.432	1.883.961	0	63.086.858	121.687.028	1.520.148.967
Zunahme	0	18.545.421	0	0	15.609.954	50.414.538	84.569.913
Dividendenausschüttung	0	0	0	0	15.010.100	0	15.010.100
Umgliederung bzw. ergebnisneutrale Änderung	0	0	0	3.528	-3.528	0	0
Stand 31.12.2016	1.259.089.688	92.946.853	1.883.961	3.528	63.683.184	172.101.566	1.589.708.780

Gesamtabschluss 2016

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen /		Auflösung	Auszahlung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen	Sachanlagen		Sachanlagen	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sonderposten für erhaltene						
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	289.326.168	264.259	7.628.872	14.575.927	29.336	282.614.036
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	235.510.758	0	5.734.634	10.891.907	0	230.353.485
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	17.815.919	185.652	1.771.172	1.049.543	0	18.723.200
2.1.3 Investitionsbeiträge	35.999.491	78.607	123.066	2.634.477	29.336	33.537.351
2.2 Sonstige Sonderposten	31.863.870	0	1.584.929	150.802	645.219	32.652.778
Gesamt	321.190.038	264.259	9.213.801	14.726.729	674.555	315.266.814

Gesamtabschluss 2016

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	508.001.552	1.388.105	412.766	17.748.557	355.060	524.304.298
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	525.355	186.093	0	4.231.559	0	4.570.821
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONien	74.358.705	79.624	0	7.653.118	0	81.932.199
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	617.631	194.187	0	11.200.000	0	11.623.444
3.5 Sonstige Rückstellungen	112.913.282	34.393.899	8.622.170	58.903.066	662.051	129.462.330
Gesamt	696.416.525	36.241.908	9.034.936	99.736.300	1.017.111	751.893.092

Gesamtabschluss 2016

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR		
4.1 P41 Anleihen	0	0	0	0	0
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	183.080.961	429.152.012	1.002.808.875	1.615.041.848	1.507.716.746
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	162.172.966	372.462.213	878.010.386	1.412.645.565	1.309.273.454
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.228.469	10.941.800	17.452.563	31.622.832	32.846.099
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	5.379.526	45.747.999	107.345.926	158.473.451	160.597.193
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	12.300.000	0	0	12.300.000	5.000.000
4.2.5 P425 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.805.082	0	0	1.805.082	7.654.007
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	62.399.363	2.882	0	62.402.245	65.703.093
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	12.791.479	0	0	12.791.479	4.359.993
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.144.527	0	0	6.144.527	5.880.034
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	98.777.853	0	0	98.777.853	114.503.190
Gesamt	364.999.265	429.154.894	1.002.808.875	1.796.963.034	1.705.817.063

Gesamtabschluss 2016

**Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden
(unkonsolidierte Werte!)**

Forderungen	Anfangsstand 2016 EUR	Endstand 2016 EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	2.624,60	0,00
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	2.624,60	0,00
Vorverkauf Caligari	2.401,99	0,00
Bundesanteile Gebühren	1.868,10	1.748,54
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	458.100,54	1.290,32
Summe sonstige Vermögensgegenstände	462.370,63	3.038,86

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2016 EUR	Endstand 2016 EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	7.689,76	74.796,48
sonstige Verbindlichkeiten aus Cash Pool für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	200.000,00	15.000.000,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.360.452,37	4.323.028,28
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.449.100,49	20.278.783,12
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	1.854,34	500.624,77
Erich-Haub-Zais-Stiftung	78.582,87	281.246,91
Georg-Konell-Preis	14.043,19	9.070,83
Christian-Zais-Preis	14.061,55	14.089,67
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	14.120,72	19.091,22
sonstige durchlaufende Gelder	35.983,03	30.261,69
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	234.588,38	0,00
Erbschaft Kubis	146.724,82	90.688,40
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	7.622.122,50	9.264.629,29
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	263.543,04	447.466,04
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	3.302,46	4.178,00
sonstige Verbindlichkeiten	8.428.926,90	10.661.346,82

Gesamtabschluss 2016

Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./. Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf Anlagenabgänge
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{18}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildquelle: ©Wiesbaden Marketing GmbH

¹⁸ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW